

1950: Die Welt im Atomfieber

Energiewunder und Wohlstand für alle



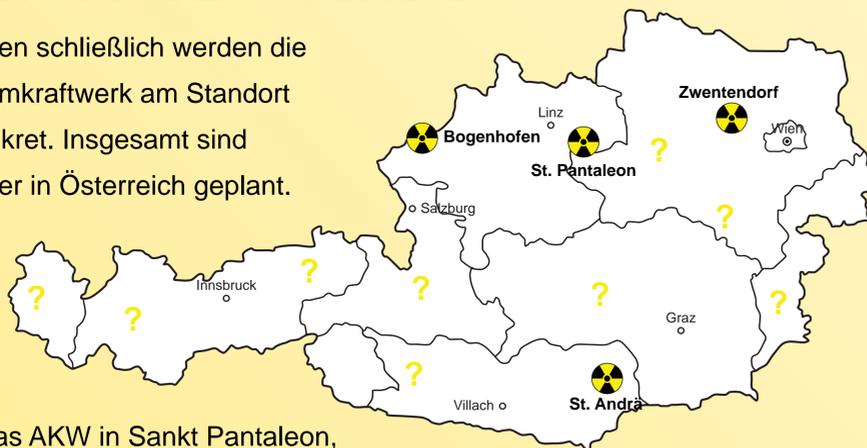
Modell für das AKW Zwentendorf

In den 1950er-Jahren erfasst die ganze Welt die Atomeuphorie. Atomenergie gilt als neue, billige und saubere Wunderform der Energiegewinnung, die der gesamten Welt Wohlstand bringen soll.

Auch Österreich will den Anschluss an das Atomzeitalter nicht verpassen, denn die Prognose lautet: Der Stromverbrauch verdoppelt sich alle 10 Jahre und keine andere Energieform könne den stark steigenden Energiebedarf decken, folglich kein Wirtschaftsaufschwung ohne Atomstrom.

7 Atomkraftwerke für Österreich

In den 70er-Jahren schließlich werden die Pläne für ein Atomkraftwerk am Standort Zwentendorf konkret. Insgesamt sind sieben Atommeiler in Österreich geplant.



Darunter auch das AKW in Sankt Pantaleon, in Bogenhofen im Innviertel, in St. Andrä in Kärnten und weiteren Standorten.

1969 wird der Bau des AKW Zwentendorf vom österreichischen Ministerrat genehmigt, am 4. April 1972 mit dem Bau begonnen.



Baufortschritt und Wachposten am Baugelände Zwentendorf

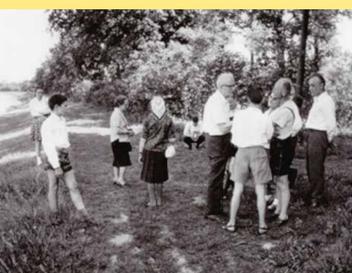
Österreich startet ins Atomzeitalter

- 1960 Das Reaktorforschungszentrum Seibersdorf wird eröffnet
- 1969 Prognose: Der Stromverbrauch verdoppelt sich alle 10 Jahre, laut Politik und Elektrizitätsgesellschaften "braucht Österreich Atomkraft"
Im österreichischen Ministerrat wird der Bau des AKW Zwentendorf genehmigt
- 1970 Die Skepsis gegen Atomenergie wächst, es gibt erste, kleine Proteste
- 1971 Der Baubeschluss für Zwentendorf wird gefällt
- 1972 7. März: Baubewilligungsverfahren und Protestaktion von Walther Sölk
4. April: Spatenstich in Zwentendorf
- 1974 In Oberösterreich werden 75.000 Unterschriften gegen das zweite geplante AKW St. Pantaleon gesammelt
- 1976 Die Regierung startet die Aufklärungskampagne Pro Atom, der Widerstand gegen Atomkraft wächst und schließt sich zusammen
- 1977 Bis zur Volksabstimmung: Viele Großdemonstrationen mit bis zu 6.000 Menschen
- 1978 5. November: Volksabstimmung
50,47% stimmen gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf
15. Dezember: Atomsperrgesetz wird beschlossen

Atomkraftwerk Zwentendorf

Erste Proteste in Österreich

Mit den fortschreitenden Plänen für den Bau von Zwentendorf wächst auch in der Bevölkerung die Skepsis gegenüber der Atomkraft.



1970 beginnen die ersten, wenn auch kleinen, Proteste gegen das AKW Zwentendorf.

Beim Baubewilligungsverfahren am 7. März 1972 protestiert Walther Sölk (ebenfalls Initiator der ersten Protestkundgebung 1970) mit 902 Vollmachten gegen den Bau von Zwentendorf, er wird von der Staatspolizei aus dem Saal geführt.

6.9.1970: Erste Protestkundgebung am Baugelände des AKW Zwentendorf

STERNFAHRT

nach Zwentendorf an der Donau

Sonntag, 6. September 1970

Treffpunkt um 10.30 Uhr
Hauptplatz vor dem Zwentendorfer Gemeindeamt

Aktion für biologische Sicherheit

Drei Forderungen an den Gesetzgeber:

- 1) Verfassungsmäßiges Grundrecht auf Schutz von Leben und Gesundheit.
- 2) Ächtung der industriellen Atomkernspaltung wegen Gefährdung der Grundlagen des Lebens.
- 3) Forschungs- und Anwendungsvorrang für gefahrlosere Energiequellen.

Unter Beteiligung bedeutender Persönlichkeiten findet am Ort des geplanten Atomspaltwerkes die Gründung der „Gesellschaft für biologische Sicherheit“ statt.

Gäste und Interessenten willkommen!



Ungefähr zur selben Zeit entsteht auch in Vorarlberg eine große Protestbewegung gegen das grenznahe AKW Rütli in der Schweiz, in Feldkirch demonstrieren mehrmals bis zu 20.000 Menschen.

Die Vorarlberger Bevölkerung ist in Folge auch massiv am Widerstand gegen Zwentendorf beteiligt.

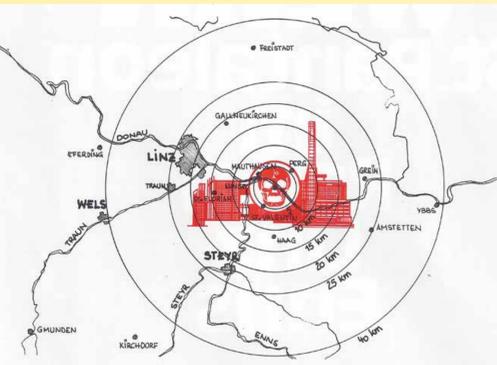
Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Oberösterreich wehrt sich

Das zweite AKW in St. Pantaleon



Auch in Sankt Pantaleon, an der oberösterreichisch-niederösterreichischen Grenze und nur 30 Kilometer von Linz entfernt, soll eines der insgesamt 7 geplanten Atomkraftwerke gebaut werden.



1977: Fernsehdebatte mit Friedrich Witzany, Alfred Tisserand und Mathilde Halla (3.-5.v.l.)

Rund um den Linzer Arzt Alfred Tisserand entsteht mit Unterstützung von Mathilde Halla und Friedrich Witzany schnell eine engagierte Widerstandsgruppe, die Bürgerinitiative gegen Atomgefahren.

Zu Beginn richtet sich der Widerstand aus Oberösterreich hauptsächlich gegen das geplante AKW in

St. Pantaleon, schnell weitet sich der

Protest aber auch gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf aus.

In St. Pantaleon selbst gibt es kaum Widerstand, die Aufklärung und der Kontakt mit der Bevölkerung ist schwierig und wird von Bürgermeister und Gemeinderat, die sich durch ein Atomkraftwerk im Ort hohe Steuereinnahmen versprochen, unterbunden.

Doch die Linzer Aktivistinnen und Aktivisten lassen nicht locker.

Volksbefragung und Unterschriftenaktion

Im Zuge der Landtagswahlen 1974 werden die öffentlich zugänglichen Wählerlisten für St. Pantaleon per Hand abgeschrieben und Stimmzettel samt frankierter Rücksendeküverts an alle Wählerinnen und Wähler in St. Pantaleon verschickt.

70 Prozent der Stimmzettel werden retourniert und unter notarieller Aufsicht ausgezählt. Die anonyme Befragung liefert ein deutliches Ergebnis:
90 Prozent stimmen gegen das AKW St. Pantaleon.

Zusätzlich werden 1974 in ganz Oberösterreich **75.000 Unterschriften gegen das AKW St. Pantaleon** gesammelt.

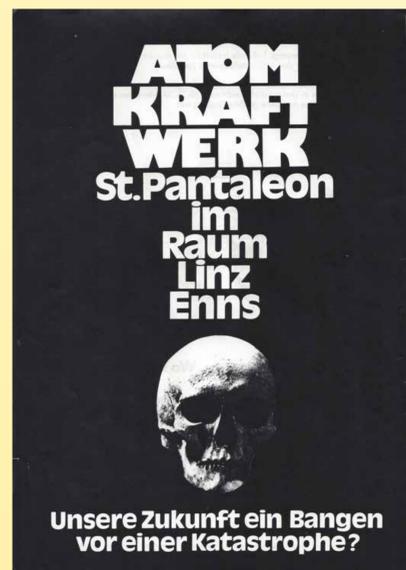
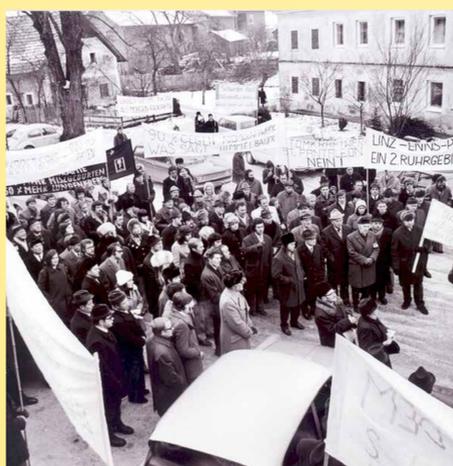
Ursprünglich war die Inbetriebnahme des AKW St. Pantaleon für 1980 geplant gewesen, wegen der sich ausweitenden Proteste wurde die Inbetriebnahme aber aufgeschoben.

Trotzdem laufen auch die Vorbereitungen für das AKW St. Pantaleon weiter. Brennmaterial wird angereichert, im Umkreis von 600 Metern wird die Bevölkerung entschädigt und abgesiedelt und am geplanten Standort ein 73 Meter hoher, begehrter Mast zur Wetterbeobachtung errichtet.

Sturz des Wettermasten

Eine der wohl symbolträchtigsten Protestaktionen gegen das AKW St. Pantaleon findet in der Nacht auf den 17. März 1978 statt. Der Wettermast wird von Unbekannten gefällt und völlig zerstört.

Nach der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf ist auch das AKW St. Pantaleon kein Thema mehr.



Von 1974 bis 1978 finden in Oberösterreich unzählige Protestkundgebungen, Demonstrationen und Aktionen gegen das geplante AKW in St. Pantaleon statt



Der gestürzte Wettermast in St. Pantaleon

Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Mit Wissenschaft, Mistgabeln und Musik gegen Zwentendorf

Widerstand kennt keine Grenzen



Die Proteste gegen Atomkraft werden in ganz Österreich stärker. In allen Bundesländern entstehen Anti-AKW-Gruppen und beginnen sich zu vernetzen.

Der Protest kennt dabei keine Grenzen: Quer durch das

ganze Land, durch alle Bevölkerungs- und Altersschichten, unabhängig von Parteigrenzen oder gesellschaftspolitischen Vorstellungen, schließen

sich Menschen – gemeinsam im Kampf gegen Zwentendorf – zusammen.

Im Jahr 1975 gründen Anti-AKW-Gruppen aus ganz Österreich – von Ultralinks bis Erzkonservativ – die „Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner“ (IÖAG).

Auch viele Künstlerinnen und Künstler, wie die Schmetterlinge, Sigi Maron, Wolfgang Ambros, Kurt Winterstein und viele andere engagieren sich im Widerstand gegen das AKW Zwentendorf. Gemeinsam nehmen sie eine „Anti-AKW-Platte“ auf, treten bei Demos auf oder veranstalten gemeinsam mit Aktivistinnen und Aktivisten Benefizkonzerte.



Auftritt der Schmetterlinge



Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner Mütter gegen Atomkraftwerke
 Physiker gegen Atomkraftwerke Künstler gegen Zwentendorf Die Neuen Bürger
 Vereinigung gegen die Ohnmacht der Bürger und die Allmacht der
 Bonzen Weltbund zum Schutze des Lebens Christen für eine menschliche Zukunft
 Sozialisten gegen Atomenergie Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke
 Bürgerinitiative gegen Atomgefahren Arbeitsgemeinschaft
 NEIN zu Zwentendorf Interessensgemeinschaft "Nein zu
 Zwentendorf" Arbeitskreis gegen Atommüll Waldviertel

Widerstand für die Zukunft
 45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Das AKW Zwentendorf spaltet Meinungen, keine Atome

Der Widerstand wächst



Das Atomkraftwerk Zwentendorf spaltet das Land. Auf der einen Seite stehen die Atomgegner_innen, auf der anderen die Mächtigen des Landes: Die SPÖ-Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky, die Gewerkschaft, die Industrie und die Handelskammer.

1976 startet die Regierung ihre österreichweite „Aufklärungskampagne“. Die Aufklärungskampagne ist jedoch wenig erfolgreich. Immer wieder mischen sich AKW-Gegner_innen unter die Treffen und versuchen ihre

Argumente einzubringen. Viele Veranstaltungen müssen abgebrochen werden. Statt neuen Atombefürworter_innen werden immer mehr Gegner_innen mobilisiert.

Das ganze Land, jede Familie, jeder Stammtisch diskutiert.

In den Jahren 1977 und 1978 werden die Proteste gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf schließlich immer stärker und größer. Bei Großdemonstrationen versammeln sich jeweils mehrere tausend Menschen. Doch auch im Kleinen – etwa mit Infoständen auf Straßen – wird täglich weitergekämpft, um die Bevölkerung aufzuklären.

Wenn ein Bauer einen Saustall baut

Wohin mit dem Atommüll?



1976 verkündet die Regierung ihre Pläne für die Atommüll-Endlagerung und facht damit eine große Debatte an. Für den Ausgang der Volksabstimmung spielt die Frage „Wohin mit dem Atommüll?“ in Folge eine wesentliche Rolle.

Dass in Österreich schon damals und bereits vor Inbetriebnahme des AKWs bedacht wurde, was nach der Jahrzehnte später stattfindenden Abschaltung mit dem ewig strahlenden Atommüll passieren sollte, ist nicht selbstverständlich. Viele Länder mit aktiven Atomkraftwerken beschäftigen sich bis heute nicht mit der Frage nach der Lagerung des Atommülls.



Artikel in den OÖN, 18.5.76 und Salzburger Volksblatt, 30.3.76



„Wenn ein Bauer einen Saustall baut, dann muss er wissen, wo er den Mist hintut!“

Im Waldviertel – hier sind mehrere Standorte im Gespräch – ist der Protest besonders groß. Einer der angedachten Standorte, der Truppenübungsplatz Allentsteig, wird Schauplatz einer der größten Demonstrationen: Am **25. Juni 1977** demonstrieren mehr als **3.000 Menschen und hunderte Bauern** mit ihren Traktoren gegen das geplante Atommüll-Endlager.



Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Sternfahrer, Lausbuben und hungernde Mütter

1

Der Widerstand wächst



21.-30. Mai 1977: 300 km Protestmarsch

"10 Tiroler zu Fuß von Salzburg nach Zwentendorf – Jeder Atomgegner unterstützt die Marschierer!"

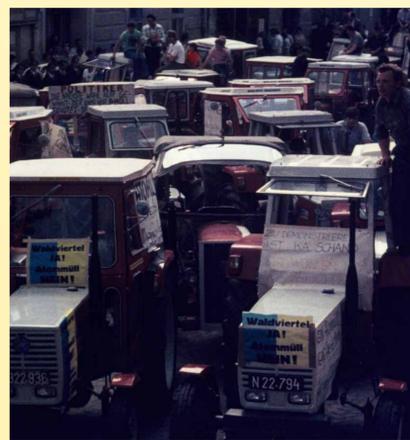


12. Juni 1977: Sternfahrt

Aus ganz Österreich ziehen 6.000 Menschen von Tulln nach Zwentendorf

25. Juni 1977:

Traktorendemo Allentsteig



August 1977:

Hungerstreik der Mütter

Neun Vorarlberger Mütter führen vor dem Bundeskanzleramt einen Hungerstreik durch, um gegen den Probetrieb zu protestieren



Bei der Kundgebung in Zwentendorf treten bekannte Musiker wie die Schmetterlinge (Bild li.) oder Kurt Winterstein (Bild re.) auf



Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Sternfahrer, Lausbuben und hungernde Mütter

2

Der Widerstand wächst



26. Oktober 1977: Lausbuben und Terroristen

Am Nationalfeiertag demonstrieren 6.000 Menschen auf dem Ballhausplatz vor dem Sitz der Bundesregierung. Sie fordern Bundeskanzler Bruno Kreisky auf, persönlich zu ihren Fragen Stellung zu nehmen. Seine Antwort: „Das sind die Methoden, die angewendet werden von terroristischen Gruppen. Dem beuge ich mich nicht. Ich habe es nicht notwendig, mich von ein paar Lausbuben so behandeln zu lassen!“ geht in die Geschichte ein.“



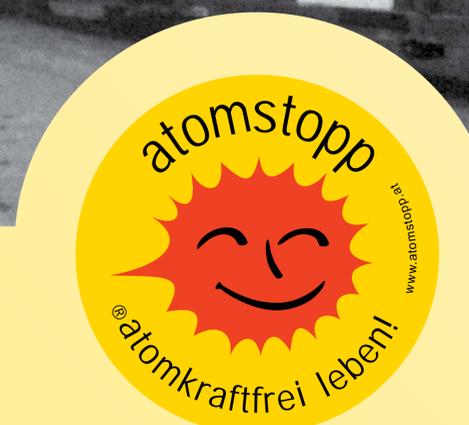
18. Jänner 1978: Brennstäbe müssen eingeflogen werden

Die Brennstäbe werden von Bundesheerhubschraubern aus Linz-Hörsching in das AKW eingeflogen, weil Demonstranten alle Zufahrtsstraßen blockieren.



Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Protestbriefe von Traudy Rinderer

Traudy Rinderer

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

In Sachen Zwentendorf



Sensen-Verlag Wien

1978 startet die Vorarlbergerin Traudy Rinderer eine ganz besondere Protestaktion.

„Ich lebte als Hausfrau und Mutter in einer heilen Welt und kümmerte mich um nichts, was außer Haus und Familie lag. Da waren andere zuständig und würden schon zum Wohle der Menschen arbeiten und entscheiden. [...] als ich vernahm, dass Österreich bald ein Atomkraftwerk in Betrieb nehme – nämlich Zwentendorf – und mehr als ein weiteres Dutzend geplant wären. [...] Am 26. Jänner 1978, ich erinnere mich noch gut, packte mich der heilige Zorn.“

Von da an schreibt Traudy Rinderer täglich einen

Brief an Bundeskanzler Bruno Kreisky, in denen sie humorvoll ironisch darlegt, warum Österreich das AKW Zwentendorf nicht braucht.

Zuerst fertigt Traudy Rinderer selbst weitere Durchschläge an, investiert Zeit und Privatvermögen um Kopien anzufertigen und ihre Briefe weiter zu verbreiten.

Mit Hilfe eines Unbekannten, der die Briefe wiederum abtippte und anderen Aktivist_innen zukommen ließ – darunter auch dem Wiener Ehepaar Kühne – erscheinen Traudy Rinderers Briefe im September 1978 schließlich als gebundenes Buch.

Betr.: Atomkraftwerk Zwentendorf.

26. Jänner 1978

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die Brennraube sind also bereits in Zwentendorf. Die Herren dortselbst sollen sie bereits mit Sekt gefeiert haben. Und ein niederösterreichisches Nest namens Albernord erklärt sich zu Gesprächen bereit, um die Zwischenlagerung des Atommülls zu übernehmen. Was für ein albernies Dorf. Hier kann man wirklich Angebot und Nutzen an Ohren! Ob die Herren Gemeindevorsteher dieses Angebot nicht lieber zurückziehen werden, so verlockend die Belohnung sein mag?

Nun, wir werden sehen, wer letzten Endes feiert. Auf jeden Fall holte ich heute meine bereits auf den Dachboden aufgestellten Schachteln mit gesammelten AKW-Unterlagen wieder her. Sie müssen wissen, daß ich mit vier Kindern, das jüngste unter Sieben, und einer kranken Oma am anderen Ende von Österreich fünf Monate alt, mit Arbeit mehr als eingedeckelt bin. Ich komme fünf Monate lang, mit Arbeit mehr als eingedeckelt bin. Ich komme fünf Monate lang, mit Arbeit mehr als eingedeckelt bin. Ich komme fünf Monate lang, mit Arbeit mehr als eingedeckelt bin.

So werde ich die Korrespondenz mit Ihnen wieder aufnehmen, und ich hoffe Sie vergeben mir den wenig respektvollen Ton. Sie werden verstehen, daß ich vor einem Manne nicht viel Respekt haben kann, der sich mitschuldig machen will, daß ich meinen Kindern möglicherweise Zucker aus atomverseuchten Rüben werde geben müssen. Natürlich geht es nicht nur um den Zucker.

Ihre T. R.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

28. Jänner 1978

Immer wieder ruft mich ein Bauer einer Nachbargemeinde von Zwentendorf an. Er fächelt zurecht, daß er seine Eier nicht mehr verkaufen kann, sollte das Atomkraftwerk in Betrieb genommen werden. Er hofft, daß die Mütter wieder mit einem Hungerstreik beginnen. Ich tröste ihn immer wieder und versichere ihm, daß er keine Angst zu haben braucht. Wir würden ihn schon nicht im Stich lassen, um was wir wissen. Wir werden ihn schon nicht im Stich lassen, um was wir wissen.

Aber ehrlich gesagt, wie komme ich dazu, für die Nöte dieses Bauern zuständig zu sein? Ich bin eine Hausfrau mit vier kleinen Kindern und einer kranken Oma am anderen Ende von Österreich. Für die Hausarbeit habe ich keine Haushilfen. Wenn ich mich in meiner kargen Freizeit für öffentliche Angelegenheiten engagiere und Kosten damit verbunden sind, bezahle ich dies mit meinem bescheidenen Taschengeld.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre T. R.



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

16. Februar 1978

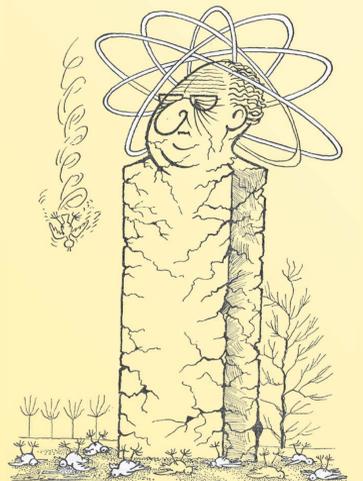
Im neuen Profil No. 7 schließt der Beitrag „Reaktarreflexionen“ von Dr. Charles Bobatsch mit dem Absatz:

„Im nächsten Jahrtausend wird die verstrahlte Ruine von Zwentendorf daran erinnern, daß auch in der Ära Kreisky Schildbürgerlein in Österreich systemadäquat geblieben sind.“

Ich verstehe zwar das Wort systemadäquat nicht, doch sinngemäß soll es wohl heißen, daß die AKW-Strahlenruine in Zwentendorf ein Kreisky-Denkmal sein wird.

Das, nein, nein, das glaube ich nicht, daß Sie das gerne haben werden. Bis morgen grüße Sie freundlich.

Ihre T. R.



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

18. März 1978

Dr. Richard Platy, Präsident der Ärztekammer, hat wohl seinen Beruf verfehlt. Eine bodenlose Frechheit und nicht gerade klug von einem Mediziner, sich derart über die Kernenergie zu äußern. Aber die Anti-Atomkräfte haben es ihm schon gegeben. So überbeschäftigte Leute müßten einmal einen Tag „skrank“ machen, sich auf einer Alpkette verstecken und entsprechende Literatur lesen – um dann nicht einfach dummes Geschwätz nachzuplappern. Manchmal kommt es vor, daß Studierende zu geschicht sind, um einfache Dinge begreifen zu können. Nur traurig, wenn es dem Präsidenten der Ärztekammer nicht in erster Linie um die Volksgesundheit geht.

Wohlwutend ist, daß es viele Ärzte gibt, die sich gerade durch den Eid des Hippokrates verpflichtet fühlen, sich unermüdlich in ihrer kargen Freizeit gegen die Atomenergie zu engagieren. Mit Broschüren, Resolutionen, Unterschriftenaktionen etc. weisen sie auf die nicht abzuschätzenden gesundheitlichen Risiken durch Atomkraftwerke hin. Die Ärzte, die sich der Volksgesundheit mehr als ihr Präsident verpflichtet fühlen, werden sich schon herausgefordert sehen. Hoffentlich gelingt es ihnen, die Politiker noch reduzieriger zu überzeugen. Wie sagt man? Ausnahmen bestätigen die Regel. Irre Typen gab es immer und wird es immer geben. Wichtig ist nur, daß man sich nicht an irren Typen orientiert.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre T. R.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

21. März 1978

Nach Leodolter und Platy noch eine Lanze für den Atomstrom, und zwar von Ärztekammerpräsidenten aus Kärnten namens Hadmar Sacher. Sein Vorschlag lautet:

„Eine Woche probeweise ohne jeden Anteil am Strom fahren, den wir derzeit aus dem Ausland importieren – ich bin überzeugt, nach dieser Woche ist der ganze Spuk vorbei und Zwentendorf kann in Betrieb gehen.“

Klingt recht brutal und primitiv von einem leitenden Arzt. Auf eventuelle drastische Stromkürzung sind die AKW-Gegner vorbereitet. Diese Masche wird nicht ankommen: Doch lassen wir einmal einen anderen Arzt zu Wort kommen. In den gestrigen VN stand folgender Leseschrieb:

„... Dr. Platy, es ist unwahr, daß durch die Inbetriebnahme von Zwentendorf die Auslandsabhängigkeit Österreichs verringert würde; im Gegenteil, denn die wesentlichsten Teile der Atomkraftwerkstechnologie sind vollständig von ausländischen Konzernen und Mächten kontrolliert. Zum Beispiel hat Österreich gerade mit einem Ostblockstaat, nämlich der Sowjetunion, einen Vertrag für Uranlieferungen für das zweite geplante Atomkraftwerk bereits abgeschlossen.“

Ich dachte Sie sind nach Rußland gefahren, um österreichische Waren zu verkaufen. ...

Weiter schreibt Dr. Vogel:

„Damit die Betreiber des Atomkraftwerkes Zwentendorf die abgebrannten Brennelemente in Frankreich aufbereiten können, müßte sich Österreich mit mehr als einer Milliarde Schilling an einer erst zu errichtenden Wiederaufbereitungsanlage beteiligen. Und was dann mit dem Atomüll?“

Niemand in Österreich will dieses giftige, auf Jahrhunderte und noch länger zu bewachende und die Gesundheit der Bevölkerung bedrohende Zeug. Die AKW-Betreiber hoffen auf den Schah von Persien. Dieser wird sicher ein paar saftige finanzielle und politische Bedingungen stellen. Oder Herr Dr. Platy, glauben Sie, der Schah macht dies gratis?

Und übrigens, ist Gesundheit mit Geld aufzuwiegen? Oder spielen für Sie ein paar Krebssteine mehr oder weniger keine Rolle? Vorbeugen ist besser als heilen! Haben Sie noch nie davon gehört?

Dr. med. Heinz Vogel, Bludenz*

Ein junger Mediziner, der seinen Beruf glaubhaft auszuüben versteht. Sie kennen ihn persönlich. Er war beim Atom-Gespräch auf dem Gebhardberg dabei und wufte recht gute Argumente. Doch selten hatte er Gelegenheit auszureden. Immer wieder unterbrachen Sie Dr. Vogel mit:

„Ich hör' sofort auf...“

Da lob ich mir den Schriftverkehr. Geschrieben ist geschrieben – gedruckt ist gedruckt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre T. R.

PS: Mein Nachrichtendienst verständigt mich sofort, daß Sie derzeit in Lech weilen. Wünsche erholsamen Skiturlaub.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

22. März 1978

Das Wetter ist nicht gerade frühlinghaft. Muß ziemlich kalt sein auf dem Arlbberg. Auch in tieferen Lagen ist es nicht gemächlich und man weiß eine gute Heizung zu schätzen – und einen heißen Trunk. Ich bin eine leidenschaftliche Kaffee- und Teetrinkerin. Sändig be- müht, im Haushalt neue Rationalisierungsmöglichkeiten zu finden – müht, im Haushalt neue Rationalisierungsmöglichkeiten zu finden – müht, im Haushalt neue Rationalisierungsmöglichkeiten zu finden.

Ich entdeckte ich die Arbeitersparnis durch eine Thermokanne (zie) – entdeckte ich die Arbeitersparnis durch eine Thermokanne (zie) – entdeckte ich die Arbeitersparnis durch eine Thermokanne (zie).

Auch Strom spart so ein Isoliergefäß. Kaum zu glauben, wie lange sich in einer Thermokanne heiße Getränke warm halten.

Fazit – man müßte Häuser wie Thermoflaschen bauen – was würde man dabei an Heizmaterial sparen!

Und noch etwas: Allein mit dem Geld, das wir bei den Franzosen für ihr noch zu errichtendes Aufbereitungswerk nicht bezahlen, könnte man viele Häuser isolieren und somit vielen hiesigen Leuten Arbeit geben, auf Jahre.

Ich weiß, Männer halten nicht viel von der Logik der Frauen. Offiziell muß diese Idee auch nicht von mir stammen. Ich hoffe, die Sonne scheint bald wieder und Sie können sich an der herrlichen Vorarlberger Landschaft erfreuen. Wir haben im Lande auch ein Muster-Sonnenenergie-Haus. Darüber ein anderes Mal.

Nochmals schönen Urlaub und freundliche Grüße
Ihre T. R.



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

1. April 1978

Es war wohl ein verfrühter Aprilscherz, zur Atomklause in Hergstein am 6. und 7. Juni 77 ausschließlich Befürworter der Atomenergie einzuladen. Obgleich, als schlechtes Omen sozusagen, passierten an diesem Tag zwei Örtnerfälle auf Österreichs Straßen.

Ich zitiere Grapes Artikel vom Tage der Herstein-Klause weiter: „... Ist es denn zu fassen? Da bereitet die Atommillifrage Wissenschaftler seit Jahren schlaflose Nächte, und unser Dr. Kery hat seine neuer Villa.“

Warum das Zeug dann nicht gleich in den Neusiedler See kippen oder, wenn schon nukleare Unerschrockenheit, in ein Kämmerl der hunderttausend Jahre?

Wo bleibt der Sidsverstand? Nun zieht sich also heute, Montag, unsere Bundesregierung zu einer Atomklause zurück und läßt sich – was dringend nötig scheint – Spitzenpolitikern schwerfälligen beraten. Abgesehen davon, daß es unseren Wissensstand aufzuholen, den weite Teile der österreichischen Bevölkerung längst erworben haben, gerät das Nadelnadeln der Regierung wieder ins Ziel: der Berater wegen, die man erkornt Physiker und drei von ihnen gibt mit der Atomwirtschaft verbandelt.

Wo bleibt die Meinungsvielfalt? Weder Strahlenschutz noch Biologen oder Umweltingenieurwissenschaften wurden herangezogen, weshalb übrigen Bundeskanzler Kreisky in der Vorwoche einem Bombardement von Protestschreiben ausgesetzt war.

„Atomkraft ist eine viel zu ernste Angelegenheit, als daß man sie nur den Atomphysikern überlassen dürfte.“ Dieser fast schon sprachliche Satz müßte aus aktuellem Anlaß abgeändert so lauten: „Ein Atomkraftwerk zu betreiben und Atomüll zu lagern, sind viel zu weit reichende Angelegenheiten, als daß man die Entscheidung darüber uninformierte oder einseitig beratene Politiker fallen lassen dürfte.“

Diesem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre T. R.

Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Österreich hat die Wahl

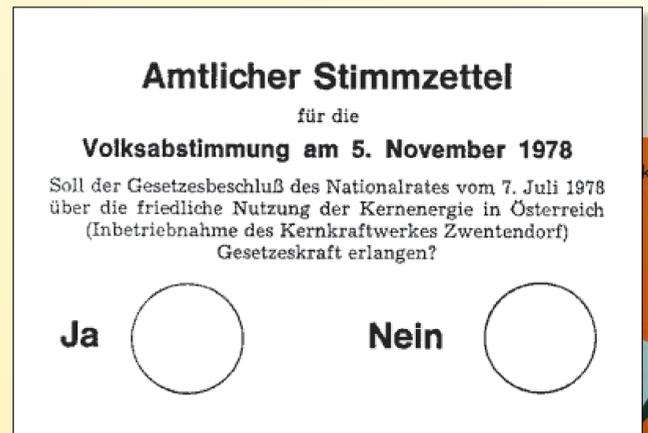
Der Weg zur Volksabstimmung



Atomkraftgegner fordern schon im Februar 1978 eine Volksabstimmung, doch weder Regierung noch Opposition reagieren zuerst darauf.

Nach SPÖ-Bundeskanzler Kreisky Aussage „Wenn Zwentendorf nicht in Betrieb gehe, trete er zurück“ schlägt sich nach der FPÖ auch die ÖVP als ursprüngliche Atombefürworterin auf die Seite der Atomgegner_innen, die hier eine Chance wittern die SPÖ-Regierung abzulösen.

Am 28. Juni 1978 wird im Nationalrat schließlich die Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf für den 5. November 1978 beschlossen.



5.11.1978: Die Volksabstimmung

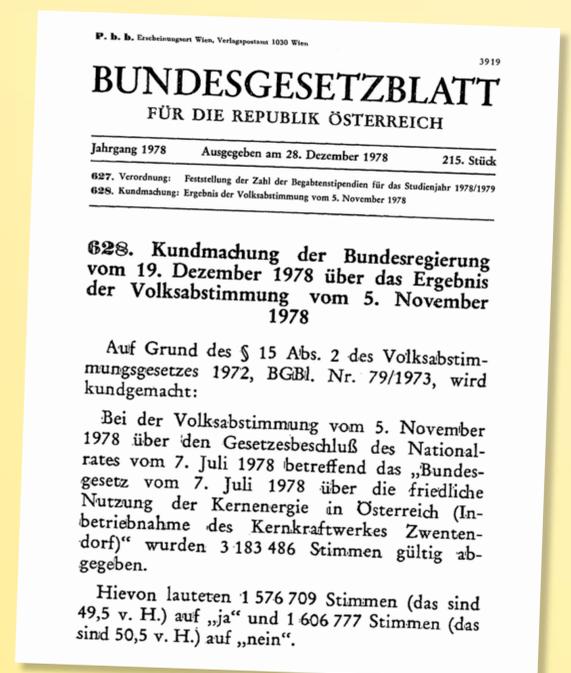
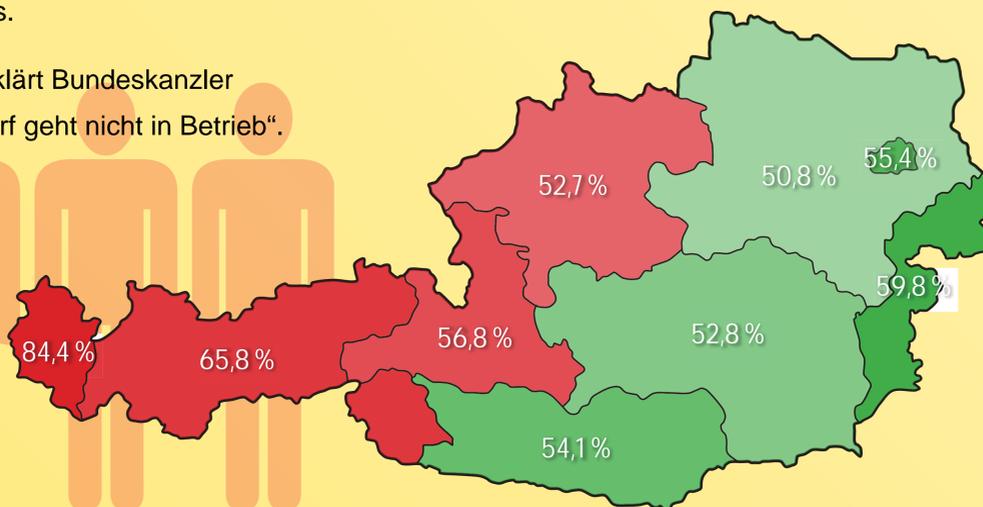
30.000 Stimmen entscheiden

Am 5. November 1978 wird in Österreich über die „friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf)“ abgestimmt.

Die Entscheidung fällt sehr knapp aus:
Nur **30.000 Stimmen** entscheiden über die Energiezukunft Österreichs.

Noch am selben Abend erklärt Bundeskanzler Bruno Kreisky „Zwentendorf geht nicht in Betrieb“.

JA	NEIN
1.576.839 49,53 %	1.606.308 50,47 %
Wahlbeteiligung: 64,1 %	



Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Atom wird ausgesperrt

Das Atomsperrgesetz

BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1978 Ausgegeben am 29. Dezember 1978 232. Stück

- 074. Bundesgesetz: Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Presse (NR: GP XIV IA 111/A AB 1107 S. 111. BR: AB 1929 S. 382.)
- 075. Bundesgesetz: Änderung des Bundesgesetzes über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“ (NR: GP XIV RV 1039 AB 1133 S. 116. BR: AB 1940 S. 382.)
- 076. Bundesgesetz: Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich (NR: GP XIV IA 124/A AB 1134 S. 116. BR: AB 1945 S. 382.)

076. Bundesgesetz vom 15. Dezember 1978 über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Anlagen, mit denen zum Zwecke der Energieversorgung elektrische Energie durch Kernspaltung erzeugt werden soll, dürfen in Österreich nicht errichtet werden. Sofern jedoch derartige Anlagen bereits bestehen, dürfen sie nicht in Betrieb genommen werden.

§ 2. Die Vollziehung dieses Bundesgesetzes obliegt der Bundesregierung.

Kirchschläger
Androsch Moser
Leodolter Staribacher Lanc Broda
Rösch Haiden Weißenberg Sinowatz
Lausecker Firnberg

Schon am 15. Dezember 1978 beschließt der Nationalrat das Atomsperrgesetz – das „Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich“.

Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich

1999 wird das Atomsperrgesetz in die Verfassung gehoben.

Seit der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf hat sich in Österreich eine gesellschaftliche, parteiübergreifende und mehrheitliche Anti-Atom-Haltung entwickelt, die weltweit einzigartig ist – bis heute.



Umzingelt von Atomkraftwerken

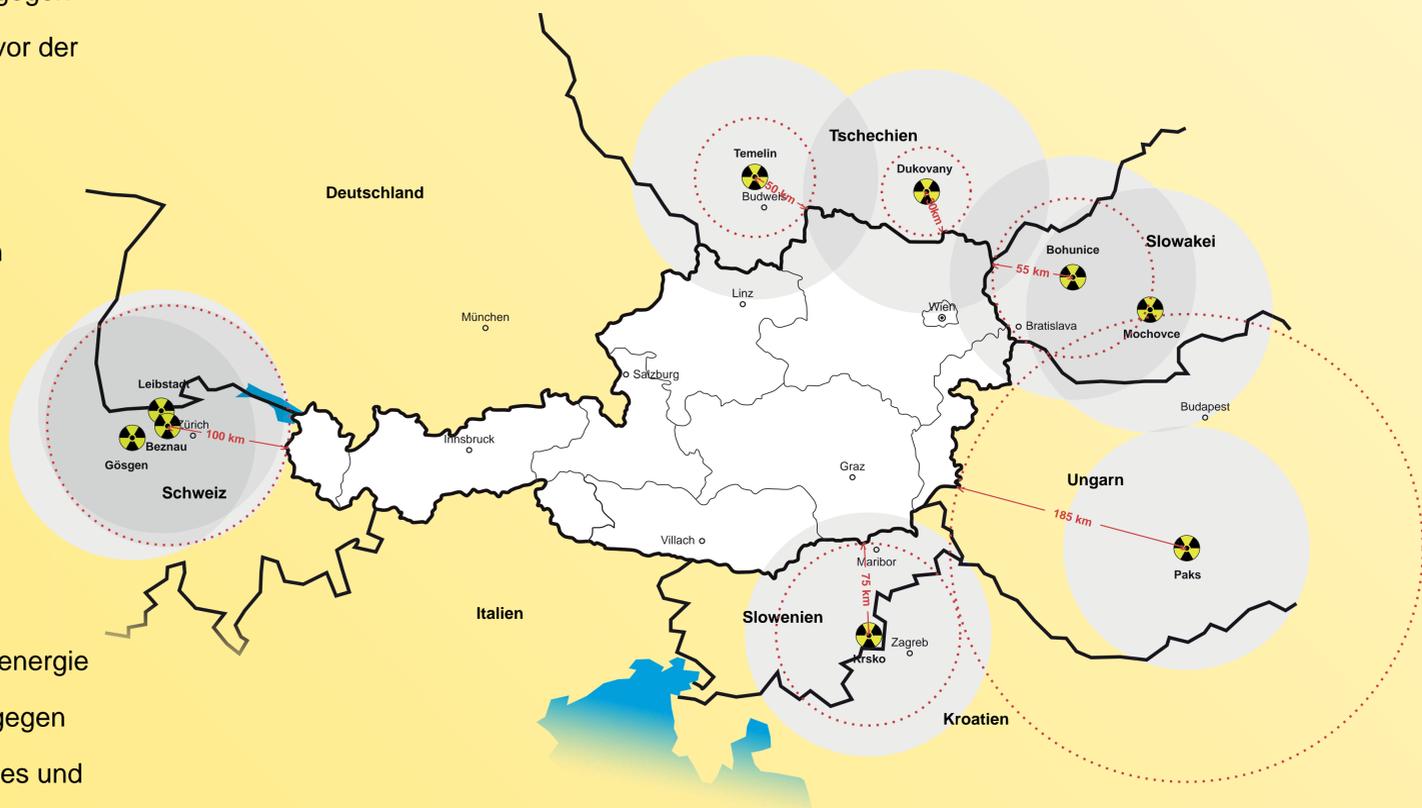
AKW rund um Österreich

Obwohl sich Österreich vor 40 Jahren klar gegen die Atomkraft ausgesprochen hat, sind wir vor der radioaktiven Gefahr nicht sicher.

In fast allen Nachbarländern gibt es in unmittelbarer Nähe der österreichischen Grenze aktive Reaktoren. Die meisten Länder planen außerdem neue Reaktoren. Im Falle eines Atomunfalls wäre Österreich massiv betroffen.

Deshalb ist neben dem Kampf gegen Atomenergie im Allgemeinen vor allem auch der Kampf gegen grenznahe Atomanlagen seit jeher ein großes und wichtiges Thema für alle Anti-Atom-Gruppen. Dabei arbeiten viele verschiedene Gruppen – auch grenzüberschreitend – zusammen.

Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf



www.atomstopp.at



Traurige Bestätigung I

Tschernobyl 1986

Bis 1985: Zwentendorf im Stand-by

Nach der Volksabstimmung und dem Aus für Zwentendorf wurde das Kernkraftwerk mehrere Jahre betriebsbereit gehalten und der eine oder andere "Wiederbelebungsversuch" gestartet. 1980 etwa fand ein Pro-Zwentendorf-Volksbegehren statt, das sogar über 420.000 Unterschriften erreichte.

1985 – ein Jahr vor der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl – wurde Zwentendorf endgültig dichtgemacht und Einzelteile nach und nach an andere AKW in Europa weiterverkauft.

Erst der Super-GAU in Tschernobyl rüttelte auch die letzten Atombefürworter_innen Österreichs wach.

Das böse Erwachen – 26. April 1986: Super-GAU im AKW Tschernobyl

Nur wenige Jahre nach der Inbetriebnahme des letzten und vierten Reaktors am Standort Tschernobyl gibt es nach einem missglückten Experiment eine unkontrollierte Kettenreaktion, Brennelemente schmelzen, die Reaktorhülle explodiert. Radioaktive Strahlung breitet sich in ganz Europa aus.

Das große Schweigen

Das Ausmaß der Katastrophe wird zunächst verschwiegen und – als Schweden erhöhte Strahlenwerte misst und die Sowjetunion als Ursprungsland beschuldigt – verleugnet. Viel zu spät werden Bewohner_innen rund um Tschernobyl evakuiert.

Radioaktive Strahlung in Österreich

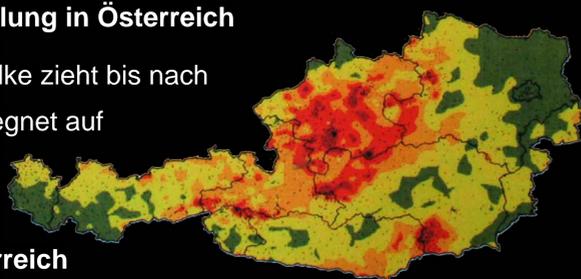
Die radioaktive Wolke zieht bis nach Mitteleuropa und regnet auf Österreich herab.

Nach Weiß-

russland war **Österreich**

mit 13 Prozent seiner Gesamtfläche

weltweit am zweitstärksten von Tschernobyl betroffen.



Folgen bis heute spürbar

Die Region rund um Tschernobyl ist nach wie vor unbewohnbar. Noch immer erkranken Menschen durch die Folgen von Tschernobyl an Krebs, befürchtet werden langfristig zehntausende Todesfälle. Offizielle Zahlen dazu gibt es nicht.

Tschernobyl und Fukushima sind die schwersten Atomunfälle bisher



Ein verlassener Kindergarten: Das Gebiet um Tschernobyl ist auch heute - 32 Jahre nach der Katastrophe - noch unbewohnbar, Foto: Harry Steinbichl

Nach dem Super-GAU wurde ein Sarkophag über dem zerstörten Reaktorblock errichtet, der die noch immer austretende Strahlung abschirmen sollte.



Der neue Sarkophag, Foto: Harry Steinbichl

Dieser Sarkophag war jedoch schnell baufällig und so begann man 2010 den Bau eines neuen Sarkophags, der 2019 fertiggestellt wurde.

Anti-Atom-Arbeit: Den nächsten Super-GAU verhindern



Jedes Jahr um den Tschernobyl-Jahrestag finden europaweit Mahnwachen statt oder werden Veranstaltungen organisiert, damit die Katastrophe von Tschernobyl nicht vergessen wird.

Auch wenn sich Österreich 1978 gegen Atomkraft entschieden hat, ist die Gefahr nicht gebannt: In Europa und rund um Österreich sind nach wie vor unzählige Atomreaktoren in Betrieb. Auch „kleinere Reaktorunfälle“ würden weite Teile

Europas betreffen. Deshalb heißt es für Atomstopp und alle anderen Anti-Atom-Gruppen: Weiterkämpfen, bis auch das letzte AKW abgeschaltet ist.



atomstopp-Aktivist_innen vor Ort in Tschernobyl



Traurige Bestätigung II

Fukushima 2011

Nach einem schweren Erdbeben und Tsunami kommt es am 11. März 2011 im japanischen AKW Fukushima Daiichi zu einem der schwersten Atomunfälle der Geschichte.

Große Mengen an Radioaktivität werden freigesetzt und verstrahlen Luft, Boden und den Pazifik schwer.

Über 170.000 Menschen müssen evakuiert werden. Viele Auswirkungen zeigen sich erst nach und nach und werden noch Jahrhunderte lang Folgen haben.



Experten der IAEA begutachten die zerstörten Kernreaktoren im Mai 2011, Foto: Greg Webb / IAEA

Nach der Flutwelle nimmt die Katastrophe im AKW Fukushima ihren Lauf: Die Kühlung für Reaktoren und Abklingbecken fällt aus. In vier von sechs Reaktoren kommt es zur Kernschmelze, also zum

Super-GAU. Durch gezielte Druckentlastung, unkontrolliertes Austreten von Wasserdampf, Brände und Explosionen wird Radioaktivität freigesetzt. Kontaminiertes Wasser läuft aus, rinnt ins Meer oder versickert.

Radioaktive Strahlung nach Fukushima weltweit messbar

Nach dem Reaktorunfall wird eine Schutzzone im Umkreis von 20 Kilometern gebildet und alle Menschen evakuiert, später auf 30 Kilometer und freiwillige Evakuierung erweitert.

Große Teile Japans werden durch radioaktives Cäsium verseucht – und das für mehrere Jahrhunderte bleiben.



Die abgetragene Erde wird oberirdisch zwischengelagert, Foto: Harry Steinbichl

2.000 km² rund um das AKW wird Erde abgetragen, um die schlimmste Radioaktivität zu beseitigen. Trotzdem wird die Region teilweise dauerhaft unbewohnbar und für die Landwirtschaft nicht nutzbar bleiben.

Die Strahlung wird außerdem von Meerestieren und -pflanzen aufgenommen und landet so möglicherweise auch auf unseren Tellern.

Folgen werden totgeschwiegen



Japanische und österreichische Aktivist_innen demonstrieren in Fukushima, Foto: Harry Steinbichl

Die Langzeitfolgen und -erkrankungen sind schwer vorhersehbar.

Von den über 170.000 evakuierten Menschen leben viele nach wie vor in

Notunterkünften, davon sind schockierend viele Menschen durch Selbstmord gestorben.

Bei Kindern und Jugendlichen wurde bereits ein signifikanter Anstieg an Schilddrüsenkrebs verzeichnet. Ein deutlicher Anstieg von Todesfällen durch Krebserkrankungen ist zu befürchten.

Die Informationspolitik von Japans Behörden erinnert an die von Tschernobyl. Nur ein Teil der Strahlen-Messdaten und Todes- und Krankheitsfälle werden von den japanischen Behörden an die Öffentlichkeit weitergegeben – sowohl unmittelbar nach der Katastrophe, als auch heute.

Fukushima 2023

Im Mai 2023 wurde **180-fach strahlenbelasteter Speisefisch** in Fukushima gefangen, bekannt wurde diese Information erst im Juli 2023.

Trotz dieser Information werden seit August 2023 aus den Atomkraftwerksruinen in Fukushima 1,3 Milliarden Liter **kontaminiertes Abwasser ins Meer geleitet**. Diese riesigen Mengen fallen an, weil seit den Super-GAUs im März 2011 bis jetzt – und noch für lange Zeit – strahlendes Material gekühlt werden muss. Auch durch einsickerndes Grundwasser fallen immer größere Mengen verseuchte Flüssigkeit an.

Die schwersten Atomunfälle



Die INES-Skala (International Nuclear Event Scale) wurde 1990 von der IAEA (Internationalen Atomenergie-Organisation) eingeführt. Es gibt sieben Stufen, als "ernster Unfall" gelten offiziell alle Ereignisse ab Stufe 5.

INES 7: Tschernobyl, UdSSR (1986);
Fukushima Daiichi, JPN (2011)

INES 6: Kysch tyn, UdSSR (1957)

INES 5: Chalk River, CAN (1952); Sellafield, UK (1957);
Santa Susana, USA (1959); Belojarsk, UdSSR (1977);
Harrisburg - Three Miles Incident, USA (1979); Tschernobyl, UdSSR (1982);
Wladiwostok, UdSSR (1985);
Goiânia, BRA (1987)



Atomkraft – Nein danke!

Atomkraft killt den Klimaschutz

Atomkraft killt den Klimaschutz, denn sie ist...

...zu langsam.

Vom Planungsbeginn bis zur Fertigstellung eine AKW vergehen Jahrzehnte. Selbst wenn man die unabschätzbaren Sicherheitsrisiken ausblendet und den im Vergleich zu erneuerbaren Energieträgern vielfach teureren Atomstrom-Preis zu zahlen bereit wäre, kann Nuklearenergie keinen Beitrag zur Klimawende leisten. Denn „der Kampf um das Weltklima wird in diesem Jahrzehnt gewonnen oder verloren“, wie UN-Generalsekretär Antonio Guterres richtig feststellte.

Der einzige im 21. Jahrhundert im ehemaligen Westeuropa fertiggestellte Meiler steht im finnischen Olkiluoto. Nach jahrelangem Planungs- und Genehmigungsverfahren wurde Jahr 2005 mit dem Bau begonnen. Fertig wollte man 2011 sein. Obwohl dieser Meiler ein Prestigeprojekt der Atomindustrie werden sollte, liefert er nach vielen Pannen und Verschiebungen erst seit April 2023 Strom.

Die AKW-Baustelle im französischen Flamanville wurde nach jahrelangen Planungen und Genehmigungen 2007 eröffnet. Die Fertigstellung wurde für 2012 versprochen. Angesichts der – vielen vorhersehbaren und noch mehr unvorhersehbaren – Verzögerungen ist bislang nicht prognostizierbar, ob und wann dieses Kraftwerk je Strom liefern wird.

Erneuerbare Energien wie Wind- und Solarkraft sind dagegen rasch einsatzbereit.

...zu teuer.

Atomstrom konnte nie wirtschaftlich sinnvoll erzeugt werden. Derzeit kostet laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Strom aus Photovoltaik 2 bis 6 Cent, Atomstrom 14 bis 19 Cent pro kWh. Dabei waren Meiler schon immer auf öffentliche Gelder angewiesen und konnten nur durch politische und wirtschaftliche Privilegierung finanziert werden, wie sie z.B. der EURATOM-Vertrag festschreibt.

Der einzige im 21. Jahrhundert im ehemaligen Westeuropa fertiggestellte Meiler steht im finnischen Olkiluoto. Bei Baubeginn wurden die Gesamtkosten dieses AKW mit 3 Milliarden Euro angegeben, tatsächlich hat er bislang 11 Milliarden gekostet. Beim noch nicht fertiggestellten AKW im französischen Flamanville war ein Preis von 3,3 Milliarden Euro vereinbart. Der staatliche französische Betreiber EDF ging nach den letzten verfügbaren Zahlen von 13,2 Milliarden Euro aus. Der französische Rechnungshof kam auf eine Gesamtsumme von 19,1 Milliarden Euro.

Die Kosten für den Jahrzehnte dauernden Abbau von ausrangierten oder havarierten Atommeilern bleiben überhaupt völlig im Dunkeln, weil Erfahrungswerte für die Lagerung und Entsorgung stark verstrahltes Materials fehlen. Diese Kosten werden wir alle tragen.

...zu dreckig.

Atomstrom verursacht gefährlich strahlenden Müll, der für 100.000e von Jahren sicher gelagert werden müsste. Auch ist er keineswegs CO₂-neutral, sondern verursacht im Vergleich zu Windkraft etwa die 15-fache CO₂-Belastung. Darüber hinaus schädigt der Abbau von Uran Mensch und Umwelt.

Nach mehr als 70 Jahren, in denen ständig hochradioaktiver, lang strahlender Atommüll produziert wird, gibt es weltweit kein genehmigtes Endlager für zivilen Atommüll. Das ist kein Wunder, denn niemand kann für hunderttausende Jahre zu planen – für einen Zeitraum also, der die gesamte bisherige Menschheitsgeschichte übersteigt. Genau das wäre aber nötig, um ein sicheres Endlager zu konstruieren.

Die CO₂-Belastung von Atomstrom beträgt nach Berechnungen des deutschen Umweltbundesamtes im Vergleich zu Wasserkraft das 29-fache, zu Windkraft das 15-fache, und zu Photovoltaik das 3,5-fache.

...zu gefährlich.

Super-GAUs wie in Tschernobyl 1986 und in Fukushima 2011 gefährden ganze Länder und Regionen grenzüberschreitend und zeigten, wie unbeherrschbar Atomkraftwerke sind. Dazu mehr auf den Plakaten zu diesen beiden Katastrophen.

Der kriegerische Beschuss des AKW in Saporischschja birgt ein hohes Risiko einer neuerlichen Nuklearkatastrophe.

Darüber hinaus erhöhen Atommeiler das Risiko der Verbreitung von Atomwaffen.

Atomkraft kann also keinen Beitrag zur Abbremsung der Erdüberhitzung leisten. Trotzdem versprechen die falschen Propheten der Atomlobby und ihr hörige Regierungen genau das, um an öffentliche Gelder heranzukommen. Schließlich lässt es sich bei den enormen Summen, die im Zusammenhang mit Atomkraftwerken bewegt werden, blendend verdienen.

Zwar ist den allermeisten Menschen klar, dass wir viel schonender und sparsamer mit den natürlichen Ressourcen umgehen und den Ausbau erneuerbarer Energieträger beschleunigen müssen. Trotzdem wollen viele nichts ändern oder einsparen, sondern lassen die Atomlobby gewähren. Genau damit verhindern sie aber die notwendige, rasche Klimawende, denn jeder Euro für Atomkraft fehlt beim Ausbau erneuerbarer Energieträger. Abgebrannter Brennstoff aus Atomkraftwerken kann immer zur Herstellung von Atomwaffen verwendet werden.



atomstopp_atomkraftfrei leben!
www.atomstopp.at



Traurige Bestätigung

Tschernobyl 1986

Bis 1985: Zwentendorf im Stand-by

Nach der Volksabstimmung und dem Aus für Zwentendorf wurde das Kernkraftwerk mehrere Jahre betriebsbereit gehalten und der eine oder andere "Wiederbelebungsversuch" gestartet. 1980 etwa fand ein Pro-Zwentendorf-Volksbegehren statt, das sogar über 420.000 Unterschriften erreichte.

1985 – ein Jahr vor der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl – wurde Zwentendorf endgültig dichtgemacht und Einzelteile nach und nach an andere AKW in Europa weiterverkauft.

Erst der Super-GAU in Tschernobyl rüttelte auch die letzten Atombefürworter_innen Österreichs wach.

Das böse Erwachen – 26. April 1986: Super-GAU im AKW Tschernobyl

Nur wenige Jahre nach der Inbetriebnahme des letzten und vierten Reaktors am Standort Tschernobyl gibt es nach einem missglückten Experiment eine unkontrollierte Kettenreaktion, Brennelemente schmelzen, die Reaktorhülle explodiert. Radioaktive Strahlung breitet sich in ganz Europa aus.

Das große Schweigen

Das Ausmaß der Katastrophe wird zunächst verschwiegen und – als Schweden erhöhte Strahlenwerte misst und die Sowjetunion als Ursprungsland beschuldigt – verleugnet. Viel zu spät werden Bewohner_innen rund um Tschernobyl evakuiert.

Radioaktive Strahlung in Österreich

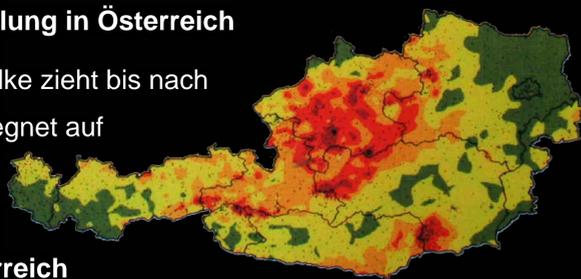
Die radioaktive Wolke zieht bis nach Mitteleuropa und regnet auf Österreich herab.

Nach Weiß-

rusland war **Österreich**

mit 13 Prozent seiner Gesamtfläche

weltweit am zweitstärksten von Tschernobyl betroffen.



Folgen bis heute spürbar

Die Region rund um Tschernobyl ist nach wie vor unbewohnbar. Noch immer erkranken Menschen durch die Folgen von Tschernobyl an Krebs, befürchtet werden langfristig zehntausende Todesfälle. Offizielle Zahlen dazu gibt es nicht.



Ein verlassener Kindergarten: Das Gebiet um Tschernobyl ist auch heute - 32 Jahre nach der Katastrophe - noch unbewohnbar, Foto: Harry Steinbichl

Nach dem Super-GAU wurde ein Sarkophag über dem zerstörten Reaktorblock errichtet, der die noch immer austretende Strahlung abschirmen sollte.



Der neue Sarkophag, Foto: Harry Steinbichl

Dieser Sarkophag war jedoch schnell baufällig und so begann man 2010 den Bau eines neuen Sarkophags, der 2019 fertiggestellt wurde.

Anti-Atom-Arbeit: Den nächsten Super-GAU verhindern



Jedes Jahr um den Tschernobyl-Jahrestag finden europaweit Mahnwachen statt oder werden Veranstaltungen organisiert, damit die Katastrophe von Tschernobyl nicht vergessen wird.

Auch wenn sich Österreich 1978 gegen Atomkraft entschieden hat, ist die Gefahr nicht gebannt: In Europa und rund um Österreich sind nach wie vor unzählige Atomreaktoren in Betrieb. Auch „kleinere Reaktorunfälle“ würden weite Teile Europas betreffen. Deshalb heißt es für Atomstopp und alle anderen Anti-Atom-Gruppen: Weiterkämpfen, bis auch das letzte AKW abgeschaltet ist.

Tschernobyl und Fukushima sind die schwersten Atomunfälle bisher



www.atomstopp.at



atomstopp-Aktivist_innen vor Ort in Tschernobyl



Traurige Bestätigung

Fukushima 2011

Nach einem schweren Erdbeben und Tsunami kommt es am 11. März 2011 im japanischen AKW Fukushima Daiichi zu einem der schwersten Atomunfälle der Geschichte.

Große Mengen an Radioaktivität werden freigesetzt und verstrahlen Luft, Boden und den Pazifik schwer.

Über 170.000 Menschen müssen evakuiert werden. Viele Auswirkungen zeigen sich erst nach und nach und werden noch Jahrhunderte lang Folgen haben.



Experten der IAEA begutachten die zerstörten Kernreaktoren im Mai 2011, Foto: Greg Webb / IAEA

Nach der Flutwelle nimmt die Katastrophe im AKW Fukushima ihren Lauf: Die Kühlung für Reaktoren und Abklingbecken fällt aus. In vier von sechs Reaktoren kommt es zur Kernschmelze, also zum

Super-GAU. Durch gezielte Druckentlastung, unkontrolliertes Austreten von Wasserdampf, Brände und Explosionen wird Radioaktivität freigesetzt. Kontaminiertes Wasser läuft aus, rinnt ins Meer oder versickert.

Radioaktive Strahlung nach Fukushima weltweit messbar

Nach dem Reaktorunfall wird eine Schutzzone im Umkreis von 20 Kilometern gebildet und alle Menschen evakuiert, später auf 30 Kilometer und freiwillige Evakuierung erweitert.

Große Teile Japans werden durch radioaktives Cäsium verseucht – und das für mehrere Jahrhunderte bleiben.



Die abgetragene Erde wird oberirdisch zwischengelagert, Foto: Harry Steinbichl

2.000 km² rund um das AKW wird Erde abgetragen, um die schlimmste Radioaktivität zu beseitigen. Trotzdem wird die Region teilweise dauerhaft unbewohnbar und für die Landwirtschaft nicht nutzbar bleiben. Die Strahlung wird



Fukushima-Gedenktag: Protestaktion vor dem AKW Temelín

außerdem von Meerestieren und -pflanzen aufgenommen und landet so möglicherweise auch auf unseren Tellern.

Folgen werden totgeschwiegen



Japanische und österreichische Aktivist_innen demonstrieren in Fukushima, Foto: Harry Steinbichl

Die Langzeitfolgen und -erkrankungen sind schwer vorhersehbar.

Von den über 170.000 evakuierten Menschen leben viele nach wie vor in

Notunterkünften, davon sind schockierend viele Menschen durch Selbstmord gestorben.

Bei Kindern und Jugendlichen wurde bereits ein signifikanter Anstieg an Schilddrüsenkrebs verzeichnet. Ein deutlicher Anstieg von Todesfällen durch Krebserkrankungen ist zu befürchten.

Die Informationspolitik von Japans Behörden erinnert an die von Tschernobyl. Nur ein Teil der Strahlen-Messdaten und Todes- und Krankheitsfälle werden von den japanischen Behörden an die Öffentlichkeit weitergegeben – sowohl unmittelbar nach der Katastrophe, als auch heute.

Fukushima 2023

Im Mai 2023 wurde **180-fach strahlenbelasteter Speisefisch** in Fukushima gefangen, bekannt wurde diese Information erst im Juli 2023.

Trotz dieser Information werden seit August 2023 aus den Atomkraftwerksruinen in Fukushima 1,3 Milliarden Liter **kontaminiertes Abwasser ins Meer geleitet**. Diese riesigen Mengen fallen an, weil seit den Super-GAUs im März 2011 bis jetzt – und noch für lange Zeit – strahlendes Material gekühlt werden muss. Auch durch einsickerndes Grundwasser fallen immer größere Mengen verseuchte Flüssigkeit an.

Die schwersten Atomunfälle



Die INES-Skala (International Nuclear Event Scale) wurde 1990 von der IAEA (Internationalen Atomenergie-Organisation) eingeführt. Es gibt sieben Stufen, als "ernster Unfall" gelten offiziell alle Ereignisse ab Stufe 5.

INES 7: Tschernobyl, UdSSR (1986); Fukushima Daiichi, JPN (2011)

INES 6: Kysch tyn, UdSSR (1957)

INES 5: Chalk River, CAN (1952); Sellafield, UK (1957); Santa Susana, USA (1959); Belojarsk, UdSSR (1977); Harrisburg - Three Miles Incident, USA (1979); Tschernobyl, UdSSR (1982); Wladiwostok, UdSSR (1985); Goiânia, BRA (1987)



Wie weiter nach Zwentendorf?

ÖÖ Plattform gegen Atomgefahr im Wandel der Geschichte



Das für viele doch recht überraschende Ergebnis der Volksabstimmung im November 1978 verschaffte den verbündeten Atomgegner_innen eine verhalten siegesfrohe Verschnaufpause. Österreich war jetzt atomkraftfrei, das gesetzte Ziel geschafft. Man war gut in die Materie eingearbeitet und die Tatsache, dass Österreich AKW-umzingelt war, das ließ die Anti-Zwentendorf-Bewegung schließlich zur Anti-Atom-Bewegung reifen.

Ansätze gab es genug, in Deutschland z.B. wurde eifrig am Ausbau der Atomkraft getüftelt, neue Standorte für AKW standen zur Debatte – und vor allem die geplante Wiederaufbereitungsanlage (kurz WAA) in Wackersdorf. Dieses Projekt in der bayrischen Oberpfalz wurde zum nächsten Reizobjekt. Man langte also hinaus, über die Grenzen!

Und es ging gewissermaßen von vorne los, obwohl es doch ein Weitergehen war: Kundgebungen, zähe Aufklärungsarbeit, Briefe, Appelle, zahlreiche Demonstrationsfahrten, Einwendungen. Letztendlich war dieser Kampf erfolgreich, mit dem SuperGau in Tschernobyl, 1986, als traurigen, finalen Impuls. Danach war die WAA Wackersdorf auch für die engstirnig atomversessene bayrische Politik gestorben.

Ab 1986 bekam die Bedrohung durch die Atomgefahr mit Tschernobyl einen Präzedenzfall, einen Namen - und die Anti-Atom-Bewegung hat richtig Fahrt aufgenommen. Man hatte recht gehabt mit den Warnungen. Das hat sich alles andere als triumphal angefühlt, aber das Gewicht der Argumente gegen Atomkraft war enorm erhöht worden. Besonders die Mütter gegen Atomgefahr wurden in der Folge innerhalb der Plattform immer aktiver.



Hervorgegangen aus einzelnen Widerstandsnestern der frühen 70er-Jahre, wurde – nach fast 20 Jahren losen Zusammenschlusses – schließlich 1991 auch mit der rechtlichen Form eines behördlich registrierten Vereins die Oberösterreichische Plattform gegen Atomgefahr „offiziell“ gemacht.



Die Plattform entwickelte rasch gute Kontakte zu böhmischen Atomgegner_innen, demonstriert und agitiert wurde ab nun gemeinsam. Mit verschiedensten Maßnahmen immer bunt, einfallreich – und stets laut genug, um gehört werden!

Die Plattform wurde auch zum Motor in einer besonders heißen Phase: Trotz langjähriger Aufklärungs- und Motivationsarbeit im Nachbarland, trotz massiver Proteste gegen die Inbetriebnahme von Temelín wurde im Herbst 2000 die Kettenreaktion gezündet. Die österreichische Bevölkerung wurde mobilisiert – und folgte – zu Tausenden. Grenzblockaden als Zeichen der Ablehnung des Energiekonzepts im Nachbarland und als Aufforderung an die österreichische Bundespolitik, rechtliche und diplomatische Mittel einzusetzen, etablierten sich als neue Form des Widerstands.

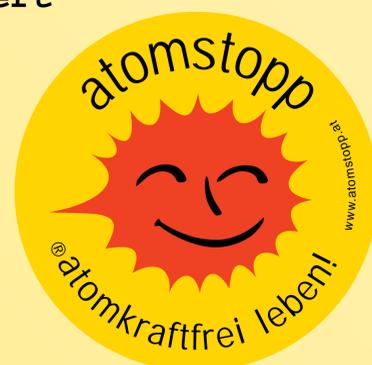


Spätestens nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war klar, wohin sich auf Grund der geografischen Nähe nun die Aktivitäten verlagern würden: In Temelín war der erste von 4 Reaktoren im Entstehen. Das war nach der Wende auch in der damals noch Tschechoslowakei nicht unumstritten.

Diese Grenzblockaden wurden von Menschen aller gesellschaftlichen Schichten aktiv mitgetragen. Quer durch alle Altersgruppen beteiligten sich die Österreicher_innen an den Großdemonstrationen. Wie damals, in den 70ern. So manche_r fühlte sich an die Zeit vor der Zwentendorf-Abstimmung erinnert – daran, dass sich die Qualität einer Widerstandsbewegung nur aus einer vereinten Vielfalt rekrutieren kann.

Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



ÖO Plattform wird zu atomstopp_atomkraftfrei leben!

Alt bewährt und neu
gedacht gegen Atomgefahr

Genau während der alles dominierenden Auseinandersetzung um Temelín, wo man gefordert war, den Widerstand ständig aktuell und frisch zu halten, wandelte sich auch die „ÖO überparteiliche Plattform gegen Atomgefahr“ selbst. In einer Art Generationsübergabe wurden 2005 der Vorstand neu aufgestellt und der Verein in atomstopp_atomkraftfrei leben! umbenannt... Dieser Name wurde vom Start weg Programm!

Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen konnte in der Folge neu definiert werden – der Temelín-Widerstand verlangte ohnehin nach einer konkreten Bündelung aller Kräfte. Zahlreiche plakative Aktionen wurden daraufhin gemeinsam ausgetüftelt, Politiker_innen konfrontiert, Kampagnen gestartet, atomstopp_atomkraftfrei leben! fungierte als Drehscheibe, Ideengeber, Koordinator für das, was sich mittlerweile als atomstopp_oberoesterreich etabliert hat.



Nicht nur Temelín...

Die Herausforderungen des neu aufgestellten Vereins waren und bleiben bis heute weit darüber hinaus vielfältig:

- » Uranabbau und seine Folgen sichtbar machen
- » Gesundheitliche Folgen durch radioaktive Strahlung orten
- » Endlagerproblematik für radioaktive Abfälle thematisieren
- » Recht auf und Teilnahme an UVP-Verfahren ermöglichen
- » Atomstromimport und -transit verhindern
- » Umstieg auf Ökostrom unterstützen
- » Subventionen für die Atomindustrie aufzeigen
- » Laufzeitverlängerung für AKW bekämpfen
- » Haftpflicht für AKW einfordern
- » AUS für EURATOM:
Abschaffen – oder aussteigen!

atomstopp_atomkraftfrei leben! ist überparteilich und überkonfessionell und legt Wert auf transparente Spendenverwaltung.



Per Volksbegehren ankämpfen gegen EURATOM – die Bastion der Atomindustrie zu Fall zu bringen ist eine harte Aufgabe, wird uns noch viel Engagement abverlangen, ist aber unerlässlich für den europaweiten Atomausstieg!



Junge Atomgegner_innen repräsentieren atomstopp beim Tomorrow-Festival 2013 in Zwentendorf



2013 – Petition für eine angemessene und einheitliche Haftpflicht für AKW - Übergabe von rund 15.000 Unterschriften in Brüssel

Info: Unsere laufende Öffentlichkeitsarbeit kann per Newsletter abonniert werden, wir versenden darüber hinaus Infobriefe und ein illustriertes Magazin als Druckversion.

Kontakt: post@atomstopp.at
www.atomstopp.at
Tel.: +43 (0) 732 77 42 75

Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Allianzen gegen Atomgefahr

Vernetzung heißt das Zauberwort

Schon seit Zwentendorf-Zeiten steht fest: Es ist klug, Allianzen zu schmieden – Manifestationen der notwendigen Vernetzung, ohne die jede Protestbewegung ineffektiv wäre. Noch vor der Volksabstimmung wurde z.B. die IÖAG, Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner gegründet, später dann AAI, Anti Atom International, Allianz der Frauen gegen Atomkraft...

Dass solche Zusammenschlüsse wieder aus dem Blickfeld verschwinden hat nicht etwa mit Scheitern, sondern mit dem stetigen Anspruch auf Weiterentwicklung zu tun. Sich stets an aktuelle Anforderungen anzupassen ist unerlässlich, um alle Potenziale der gemeinsamen Sache ausschöpfen zu können. Verbündete finden sich, wenn es an der Zeit ist. Das stärkt dann jede einzelne Initiative - und die gesamte Bewegung im orchestrierten Auftreten sowieso.

Folgende Fotostrecke aus mehreren Jahrzehnten ist ein wildes Sammelsurium an Demonstrationen & Konfrontationen, an Aktivismus & Aktionismus – Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben!

Aktionistisch im Einsatz



Konfrontationen



Solidarität



Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Wer Nein sagt zur Atomkraft...

...muss Ja sagen zu Erneuerbaren Energien

Für alle in der Anti-Atom-Bewegung war immer schon klar: Die Energie-Zukunft muss gesichert werden – aber eben anders, als durch Atomkonzerne. Logisch also, sich mit Alternativen zur Kerntechnologie auseinander- und dafür einzusetzen. Damals, seither, heute – und in Zukunft!



Auch die Vorreiterrolle im bürgerlichen Ungehorsam der Voralberger Plattform gegen Atomgefahr entwickelte sich konsequent zu einer FÜR Erneuerbare Energien. Bereits 1996 begann die erfolgreiche ‚SonnenSchein-Kampagne‘. Rund 1/3 der Gemeinden baute PV-Bürgerbeteiligungs-Kraftwerke, privat montierte Kleinanlagen, vom Land unterstützt mit vorbildlichen Einspeisetarifen. Leider zum Missfallen der mächtigen Energiewirtschaft, die gegen diese Dezentralisierung panisch alle Bremsregister zog. Im Bild Hildegard Breiner, die Seele der Vbg. Anti-Atom-Bewegung, vor dem Bürgerkraftwerk Bregenz.



Und auch in Tschechien wird eifrig kommuniziert und demonstriert, dass wie Erneuerbare Energien statt Atomstrom funktionieren können! Praktisch alle im Rahmen der ‚Anti-Atom-Offensive des Landes OÖ‘ geförderten tschechischen Vereine sind daran beteiligt: Calla / Bürgerinitiative Umweltschutz / Südböhmische Mütter / Verein Sonne&Freiheit. Letzterer hat mit Věžovatá Pláně die erste tschechische Klimabündnisgemeinde ins Boot geholt, wo infolge auch ein Informations- und Schulungszentrum für Solarenergie entstand!

Schon während der Zwentendorf-Auseinandersetzung agierte die OÖ Plattform nicht nur gegen Atomkraft. Auch Alternativen dazu wurden konsequent aufgezeigt - lang bevor die Bezeichnung „Erneuerbare Energie“ zum Standardbegriff wurde!



Ohne POWER TO CHANGE keine gesicherte Energiezukunft! Immer wieder organisieren Anti-Atom-Vereine gemeinsam mit dem Kino Freistadt & Movimento Linz Filmvorführungen mit anschließender Diskussionsrunde – wie in diesem Beispiel aus 2017 mit Hans Moser (Windpark Spörbichl) und den Gebrüdern Kreisel (Kreisel Electric). Die Freistädter Mütter gegen Atomgefahr sind seit seiner Gründung teilhabende Gesellschafterinnen des Windparks Spörbichl.



Das Anti Atom Komitee steht mit zahlreichen Bürgermeister, Firmen aber auch Privatpersonen gegen die fatalen Kürzungen der Förderung von heimischem Ökostrom ein. Österreich kann vom Atomstromimporteur nur dann wieder zum Stromexporteur werden, wenn die heimische Stromproduktion nicht kaputtgespart wird! Die Entwicklung der E-Mobilität sieht man grundsätzlich positiv. Allerdings nur bei gleichzeitiger Forcierung von heimischem Ökostrom, denn sonst fahren unsere E-Autos importbedingt auch mit Atomstrom. Die Veranstaltung des AAK „E-Mobilität? Ja sicher, aber...“ im Freistädter Salzhof stürmten über 200 Interessierte.



Der Waldviertler Energie-Stammtisch setzt sich seit seinen Anfängen intensiv mit erneuerbaren Energien und den Möglichkeiten der ganz konkreten Anwendung auseinander.



Gutau



Windhaag



Tragwein

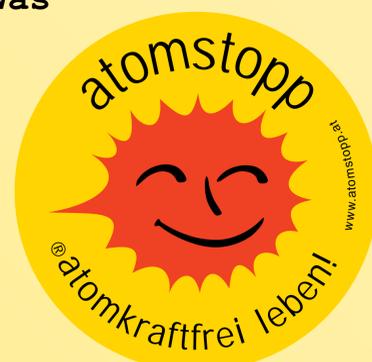
atomstopp bei traditionellen Freistädter Bezirksenergie-Festen - man tauscht sich aus, tüfelt Kooperationen und Strategien aus. 2008 entstand so in Gutau die Kampagne, aufgrund der 325 Gemeinden quer durch ganz Österreich Resolutionen zu RAUS aus EURATOM beschlossen!

Last but not Least: Alle Schautafeln und Drucksorten dieser Ausstellung wurden ohne Strom aus fossilen und nuklearen Quellen produziert. Bei PLÖCHL DRUCK GMBH - diese innovative Freistädter Druckerei schafft sowas seit 1999 mit 100% Ökostrom!

→ Also, geht doch!

Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Fürs EURATOM-Volksbegehren quer durch Österreich

Information in die Regionen

Um das EURATOM-Volksbegehren österreichweit auch regional bekannt zu machen unternahm atomstopp im Herbst 2009 eine Tour durch die Bundesländer, alle 9 hatten ja in Resolutionen von der Bundesregierung den Ausstieg aus dem Vertrag verlangt. Mit den ausgewählten Stationen konnte auch die Vielfalt der Unterstützungsebenen repräsentativ abgebildet werden.



Bregenz – Vorarlberg gilt seit frühen Zwentendorf-Zeiten als Anti-Atom-Hochburg in Österreich. Den herausragend guten Draht zu Politik und Medien pflegt – auch heute noch! – Hildegard Breiner, Sprecherin der Vorarlberger Plattform gegen Atomgefahren und Obfrau des Naturschutzbundes Vorarlberg. Hier im Bild mit den Klubobleuten aller im Landtag vertretenen Parteien sowie ÖVP-Landesrat Erich Schwärzler.



Lienz, Osttirol – unter mächtigen Stromleitungen über den Lebensraum der Menschen hinweg.



In Kötschach-Mauthen, Kärnten, bei der Alpen Adria Naturstrom Vertrieb GmbH – neben der Oekostrom AG einer von 2 Stromversorgern in Österreich, der garantiert keinen Atomstrom verkauft – auch nicht durch Zukauf vom Zertifikaten nachträglich sauber gewaschenen!



Seeham; In Salzburg zeigt die Plage in einer Installation anschaulich auf, wie viel Strom aus der geplanten Hochleistungs-Leitung wohl tatsächlich für Österreichs Versorgung benötigt wird. Der Rest ist Transitstrom! 19 Absperrbänder bilden die Stromkabel ab, in Originalbreite, nicht ganz 4 davon fallen in Rot-Weiß-Rot aus...



Oberösterreich x 3: Die ARGE Umweltschutz Almtal bewirbt in Scharnstein bei einem erntedankfestlichen Infostand mit uns das Volksbegehren. Pressekonferenz in Linz mit gleich mehreren Unterstützern: Klimabündnis, Evangelische u. Katholische Umweltbeauftragte, Naturfreunde, Naturschutzbund und Solidarwerkstatt stehen Rede und Antwort zu ihren spezifischen Unterstützungsgründen. Gutau – die allererste von 325 Gemeinden in Österreich mit Resolution zum Ausstieg aus EURATOM! Energie-Experten rechnen bei einem Frühschoppen die verschwendeten Gelder, die bisher aus Österreich an die Atomindustrie geflossen sind, um – in Kleinwasserkraft, Photovoltaik und Windkraft.



Niederösterreich, Fototermin mit dem Waldviertler Energiestammtisch am symbolträchtigen Ort: Grenzübergang Gmünd/Velenice – einer der Schauplätze zahlreicher Temelin-Demonstrationen. Der Verein organisiert seither grenzüberschreitende Informations-Stammtische! St. Pölten: Das Forum Wissenschaft & Umwelt unterstützt uns mit einer bestens besuchten, spannenden Podiumsdiskussion, gemeinsam mit Anti-Atom-Vorkämpfer Peter Weish und dem Koordinator der Nuklearabteilung im Bundesumweltamt Andreas Molin.



Am Ende nochmal Politikertermine: In der Steiermark in Graz, wo die Kommunistische Partei aktiv Unterstützungserklärungen sammelt und im Burgenland beim sozialdemokratischen Landeshauptmann Hans Nissl – einem vehementen EURATOM-Ausstiegsbefürworter.



Zuletzt in Wien, vor dem Parlament. Präsentiert wird dabei die ‚Diplomatische Note‘, die der Bundespräsident unterzeichnen muss, um den Austritt Österreichs aus dem Atomförderverein EURATOM einzuleiten. Vom Völkerrechtler Prof. Geistlinger ausgearbeitet, bot dieser der Regierung auch an, einen honorarfreien Schriftsatz für den Ausstieg vorzubereiten.



Viele Vertreter_innen der 98 Unterstützer-Organisationen nehmen bestgelaunt an der musikalisch umrahmten Schlusskundgebung teil! Musikalisch hingebungsvoll befeuert wurde das Event von Natascha&the Bluesbreakers.

Klar ist: Spätestens zu diesem Zeitpunkt herrscht in der Österreichischen Bevölkerung ein für EU-Bürger_innen überdimensional hoher Wissensstand zu EURATOM, der Europäischen Atomgemeinschaft, nebst Österreichs zweifelhafter Mitgliedschaft darin. Es hat also schon ein Stück weit geklappt mit der Informations-Kampagne – eine Umfrage zeigte:

78% der Österreicher_innen wollen RAUS aus EURATOM
81% haben kein Verständnis für Zahlungen an die Atomindustrie!

Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Gegen EURATOM auf hohem Niveau

Gipfelstürmer in ganz Österreich



Vorarlberger Naturfreunde auf dem höchsten Gipfel des Landes, dem Großglockner (3.798m).

Ein Volksbegehren will beworben werden. Kaum war die Idee geboren, mit Transparenten zu RAUS aus EURATOM Berggipfel zu besteigen und Fotos davon zu machen, wurde auch schon losgestürmt. Die Naturfreunde Vorarlberg haben als erste Bergpartie - und dann gleich auf höchstem Niveau! - bei einer Skitour auf den Großglockner das RAUS aus EURATOM-Transparent gehisst!

Viele Gipfel sollten folgen – über 100 sind es letztendlich geworden! Menschen aus ganz Österreich haben Touren geplant, bei uns rechtzeitig ein Transparent bestellt und anschließend ein „Beweisfoto“ gesendet. Die ganze Fotostrecke ist zu sehen unter dem Menüpunkt „Gipfel“ auf: www.raus-aus-euratom.at



Diese Aktion war ein wunderbarer Beweis dafür, dass Aktivismus Spaß machen kann!

Ein großes DANKE an alle, die mit ihrem Gipfelsturm zum Bekanntwerden des EURATOM-Volksbegehrens beigetragen haben!

Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Laufend gegen Atomkraft

Bereit zum Marathon für den Atomausstieg!

Es ging 2006 los... Der passionierte Läufer Hans-Jörg Horky, damals stv. Obmann von atomstopp_atomkraftfrei leben!, startete im gelben Leiberl mit Vereinslogo beim Linz Marathon, angefeuert von seiner Frau Gudrun und Obmann Roland Egger, die bei Startpunkt und Zieleinlauf die Anti-Atomfahnen schwangen.

Wohl niemand hat damals geahnt, was mit dieser, sozusagen, One-Man-Show in Gang gesetzt – oder, besser gesagt: zum Laufen gebracht! – wurde.

Aus dem Einzelläufer wurden in den Jahren darauf Grüppchen – und letztlich richtige Anti-Atom-Laufmannschaften! In den verschiedenen Disziplinen bestreiten bis zu 100 Läufer_innen den Bewerb seither jährlich im Zeichen des weltweiten Atomausstiegs. Mit sonnengelben Laufshirts ausgestattet lassen sie mit Begeisterung die letzten Meter durch den Zieleinlauf die hochgehaltenen Anti-Atomfahnen wehen.

Nicht wenige tragen das gelbe Shirt, das alle Sportler_innen natürlich behalten dürfen, danach auch bei anderen Laufveranstaltungen oder Wanderungen – um so auf syn pathische Weise den langen, Durchhaltevermögen erfordernden Kampf gegen die Atomkraft zu bewerben!



Besonders spektakuläre Auftritte waren auch immer wieder dabei: Hans-Jörg in seiner rund 20 Kilo schweren Ritterrüstung etwa oder Jakob Neff, der einmal barfuß den Halbmarathon gelaufen ist

und ein anderes Mal rückwärts, begleitet von seinem Vater Thomas. Die Symbolik dabei ist selbstredend: Atomkraftwerke sind altertümlich, rückwärtsgewandt, schlecht gerüstet, ineffizient.

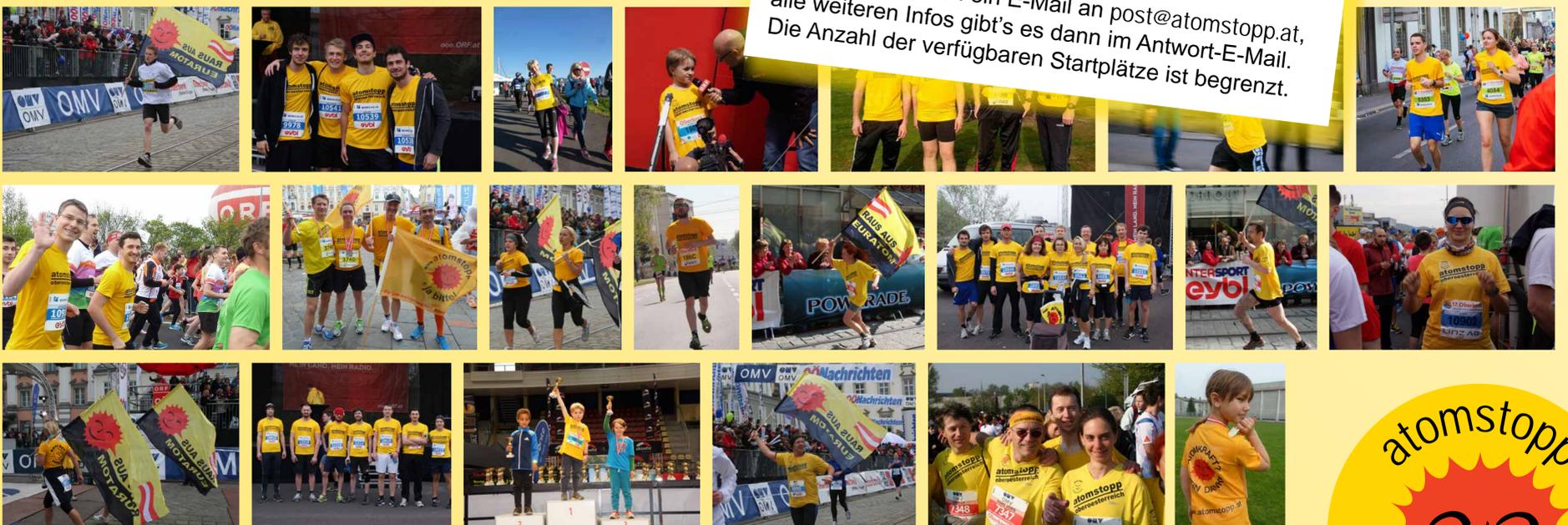


Sei dabei: atomstopp beim Linz Marathon 2024

Auch beim Linz Marathon am 7. April 2024 schickt atomstopp wieder eine Lauftruppe mit der Botschaft "Klimaschutz mit AKW? So ein Schmäh!" ins Rennen.

atomstopp übernimmt die Startgebühr und stattet die Läufer_innen mit einem sonnengelben Laufshirt aus, die Teilnahme ist in allen Disziplinen möglich!

Interesse? Dann schick gleich ein E-Mail an post@atomstopp.at, alle weiteren Infos gibt's es dann im Antwort-E-Mail. Die Anzahl der verfügbaren Startplätze ist begrenzt.



Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



Nuclear Energy Conference

Anti-Atom-Austausch international

Seit die NEC (Nuclear Energy Conference) im April 2014 zum ersten Mal über die Bühne ging, hat sich diese Veranstaltung zur fixen Größe in der europäischen Anti-Atom-Szene etabliert. Hervorgegangen aus und ermöglicht von der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich, findet die NEC seither – jährlich wechselnd zwischen Prag und Linz – zu diversen Schwerpunkt-Themen statt. Für die inhaltliche und organisatorische Abwicklung sind die jeweiligen Organisationen in Tschechien und Österreich verantwortlich.

- » 2023: Schöne neue Atomwelt?
- » 2022: Was hindert die Entwicklung der Kernenergiewirtschaft in Europa?
- » 2021: How to Dismantle an Atomic Lie - die atomaren Lügen zerlegen
- » 2020: Atomkraft in Zeiten des Klimawandels
- » 2019: Laufzeit verlängert Gefahr
- » 2018: Atomarer Abfall – das ungewollte Erbe der Kernenergiewirtschaft
- » 2017: 1957-2017: EURATOM – Atomindustrie gefördert, privilegiert, geschützt, 60 Jahre sind genug!
- » 2016: Kernenergiewirtschaft – teures Hasard
- » 2015: Europa ohne Atomkraft – Wie schaut die Energiezukunft Europas aus?
- » 2014: Wirtschaftliche Grenzen der Kernenergie



- » Übersicht und Links zu allen NECs: www.atomstopp.at/nuclear-energy-conference
- » Video-Aufzeichnung der Nuclear Energy Conference 2023 - Schöne neue Atomwelt?: www.nec2023.eu



Widerstand für die Zukunft
45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at



EURATOM – die Europäische Atomgemeinschaft

...und mit dabei ist Österreich

[...] die Voraussetzungen für den raschen Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie zu schaffen [...]

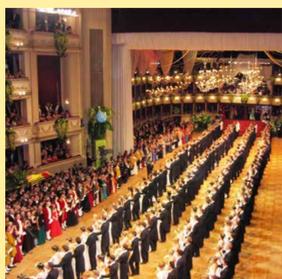
So heißt es u. a. als deklarierte Zielsetzung im Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM. Dazu bekennt sich die Republik Österreich. Unglaublich? Unglaublich, vor allem! Denn im 1999 beschlossenen Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich steht eher das genaue Gegenteil, nämlich, dass keine Atomanlagen gebaut werden dürfen.

Eine Provokation für die Anti-Atom-Bewegung im Land. Schon vor dem EU-Beitritt wurde heftig kritisiert und gewarnt, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Erfolglos. Man würde erst einmal Mitglied und dann diese Gemeinschaft „von innen her“ verändern, hieß es von Seiten der Regierung. Folgenlos...

Die OÖ Plattform bzw. atomstopp_atomkraftfrei leben! sowie zahlreiche andere Anti-Atom-Organisationen wie die PLAGE – die Salzburger Plattform gegen Atomgefahren oder auf europäischer Ebene Friends of the Earth setzten Initiativen und beteiligten sich in Folge an allen erdenklichen Maßnahmen gegen den Atomförderverein EURATOM. 2007 zettelte atomstopp eine Kampagne an, die bis heute ihre Ausleger findet.



Von der OÖ Plattform bereits 1991 zum Thema gemacht: die problematische Mitgliedschaft bei EURATOM, die mit dem EU-Beitritt automatisch mitgekauft werden soll



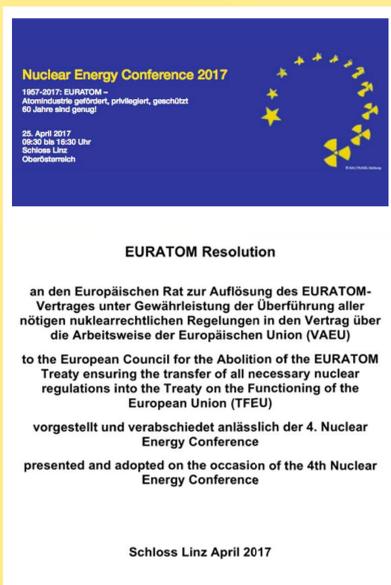
2007: Start der Sammlung von Unterstützungserklärungen für das RAUS aus EURATOM-Volksbegehren und ein Kommentar ob der Enns.



2007: Beim Opernball machen Aktivist_innen aus Oberösterreich und Salzburg Furore für den EURATOM-Ausstieg.

2009: Salzburger Plattform gegen Atomgefahren lässt die Forderung hoch steigen und atomstopp bringt sie mit nach Berlin.

Immer wieder finden Pressekonferenzen statt. U.a. mit Unterstützung von anderen Umweltorganisationen oder Atomgegner_innen der ersten Stunde (Zwentendorf) Mathilde Halla, Peter Weish, Fritz Witzany.



2017: Bei der Nuclear Energy Conference wird eine EURATOM-Resolution beschlossen und in den folgenden Jahren weiter verbreitet - sogar im Atomstaat Nr. 1 Frankreich Mehr auf www.nec2017.eu

2022: Taxonomie - Atomstrom wird grün

Auch für ein besonders unrühmliches Stück der jüngeren Geschichte war der EURATOM-Vertrag nicht unwesentlich. Im Rahmen des EU-Green Deals sollte eine Taxonomie-Verordnung definieren, was künftig als grünes Investment hin zur Energiewende Europas geltend gemacht werden darf. Greenwashing, also verdeckte Finanzierung nicht nachhaltigen Wirtschaftens, sollte verhindert werden. Mit der Aufnahme von Atomkraft passierte jedoch das genaue Gegenteil: Atomstrom wird grüngewaschen.

Experten aus der Energiebranche, der Umweltökonomie oder der Sicherheitsforschung warnten ebenso wie Finanzdienstleister und NGOs im Vorfeld eindringlich. atomstopp startete eine E-Mail-Kampagne an Abgeordnete zum EU-Parlament mit Argumenten, warum Atomkraft niemals nachhaltig sein kann. Doch obwohl die Fachausschüsse im EU-Parlament gegen die Aufnahme von Atomkraft votierten, stimmte das Plenum dafür. Die Atomlobby hatte gesiegt!



Mehr Infos: www.atomstopp.at/taxonomie



Widerstand für die Zukunft 45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

www.atomstopp.at

2022: Atomkraftwerks-Experimente in Temelín

SMR - Schrumpfeiler



So schön und grün will uns die Atomlobby Schrumpfeiler verkaufen (Phantasiebilder des staatlichen tschechischen Atomstromkonzerns CEZ)

Im September 2022 gibt die tschechische Regierung bekannt: In Temelín soll der Südböhmische Nuklearkernpark errichtet werden – ein Experimentiergelände für SMRs, also „Small Modular Reactors“. Diese verniedlichende, beschönigende Bezeichnung ist ein Sammelbegriff für Atomkraftwerke im Leistungsbereich von 1,5 MW bis 300 MW. Zum Vergleich: Die 4 Reaktoren in Dukovany leisten jeweils 500 MW, die 2 Reaktoren in Temelín jeweils knapp 1.100 MW.

Damit sollen also nur 50 km von der österreichischen Grenze entfernt Schrumpfeiler errichtet und getestet werden – neben den zwei in Temelín bereits bestehenden und den zwei fix geplanten AKWs sowie dem möglichen Standort für ein Atommüllendlager. Ein überaus gefährlicher Plan: Wer soll die zwei bestehenden Meiler weiterbetreiben, wenn bei den Schrumpfeiler-Experimenten etwas schief läuft?

SMR können keinen Beitrag zur Klimawende leisten, weil sie...

...noch lange nicht einsatzbereit sein werden

Die Atomlobby suggeriert, neue Techniken zu entwickeln, die rasch verfügbar seien. Das ist falsch, denn tatsächlich wird an Schrumpfeilern seit Jahrzehnten geforscht. Trotzdem ist es nie gelungen, Strom zu vertretbaren Preisen zu erzeugen.

...nicht in der nötigen Stückzahl gebaut werden können

Mit tausenden bis zehntausenden Schrumpfeilern müsste die Welt zugestraft werden, würde man nur die Strommenge ersetzen wollen, welche jetzt in AKWs produziert wird. Das ist schlicht unmöglich, denn dafür fehlen Fabriken, Infrastruktur, Rohstoffe und Techniker_innen. Dabei wird auch derzeit nicht einmal 2 Prozent der weltweiten Endenergie in AKWs produziert.

...viel zu gefährlich wären

Die Gefahr eines nuklearen Unfalles wird nicht automatisch kleiner, nur weil ein AKW geschrumpft wird. Trotzdem ruft die Atomlobby schon jetzt nach geringeren Sicherheitsbestimmungen für Schrumpfeiler. Aber selbst bei den derzeitigen Auflagen ist klar: Viele tausend Atomkraftwerke, verstreut über die ganze Erde, vervielfachen die Wahrscheinlichkeit eines

Super-GAUs. Obendrein wird dadurch gefährlich strahlendes Material für viel mehr Menschen zugänglich.

...viel zu teuer wären

Die Erzeugungskosten für Photovoltaikstrom liegen derzeit bei 2 bis 6 Cent pro kWh, für Atomstrom bei 14 bis 19 Cent. Strom aus Schrumpfeilern würde mit Sicherheit noch viel teurer werden als herkömmlicher Atomstrom. Um wie viel, kann nicht seriös gesagt werden, laufen doch Kosten und Zeitpläne für die aktuell nur auf dem Reißbrett entwickelten Schrumpfeiler-Projekte gerade drastisch aus dem Ruder.

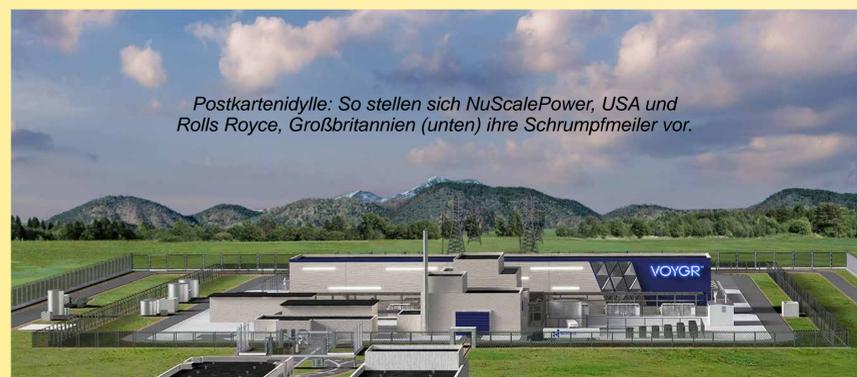
...noch mehr Atommüll hinterlassen würden

Die Schrumpfeiler vergrößern im Vergleich zu herkömmlichen AKWs die Abfallmenge bis zum 30-fachen. Das zeigt die 2022 in PNAS (Zeitschrift der amerikanischen Akademie der Wissenschaften) publizierte Studie „Nuclear waste from small modular reactors“. Das ungelöste Atommüll-Problem würde also drastisch verschärft, denn: Bislang ist weltweit kein Endlager für den hochradioaktiven Abfall in Betrieb, der bei der Atomstromproduktion anfällt und für mehrere hunderttausend Jahre gefährlich bleibt.

Mehr als offensichtlich ist also, dass die Forschung an und die geplante Errichtung von Schrumpfeilern keinen positiven Beitrag bei der Verlangsamung der Erdüberhitzung leisten wird. Nicht nur das: Es sind nicht einmal relevante Strommengen zu erwarten.

Bleibt die Frage, warum manche Staaten und die Atomlobby diesen alten Wein in neuen Schläuchen gerade jetzt lancieren: Vermutlich soll der Öffentlichkeit suggeriert werden, dass mithilfe einer schönen, neuen Reaktorwelt bald Strom erzeugt wird und bis dahin die – tatsächlich hochgefährliche – Laufzeitverlängerung alter Meiler unerlässlich ist.

Jedenfalls gelingt es der Atomlobby schon jetzt, mit ihren – unhaltbaren – Versprechen gewaltige Mengen öffentlicher Gelder für diese Sackgassen-Technologie loszuschlagen. Dabei fehlt jeder dafür verschwendete Euro beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger.



Mehr Infos auf: www.atomstopp.at

Junge Menschen für die Anti-Atom-Bewegung

Atomkraft? Nutzt dem Klima nix!



Als atomstopp_for_future bei den Welt-Klimastreiks von Fridays For Future

Die Katastrophe von Tschernobyl 1986, bei der auch in Österreich die unbeherrschbaren Gefahren von Atomkraft unmittelbar spürbar wurden, haben Menschen unter 40 noch nicht miterlebt. 2011 machten dann die Super-GAU in Fukushima deutlich, wie hilflos selbst eine Hochtechnologie-Nation wie Japan ist, wenn ein AKW außer Kontrolle gerät. Aber auch daran können etwa junge Menschen, die heuer maturierten, wenig bis keine Erinnerung haben.

Genau diese junge Menschen aber zeigen mit ihrem Engagement bei den Klimastreiks, wie klar ihnen ist, dass die Produktion von Energie auf neue Beine gestellt werden muss. Hier sieht die Atomlobby ihre Chance und verspricht, auch einen Beitrag zur Klimawende leisten zu können.

Das ist zwar nachweislich falsch, weil der Bau neuer Atomkraftwerke Jahrzehnte dauern würde, während die Lösung der Klimakrise in diesem Jahrzehnt notwendig ist und Atomstrom schon jetzt drei- bis siebenmal so teuer ist wie nachhaltig produzierter. Trotzdem: Eine von atomstopp_atomkraftfrei leben in Auftrag gegebene Umfrage hat 2019 gezeigt: Österreicher_innen unter 30 sind viel empfänglicher für die falschen Versprechen der Atomindustrie als ältere.

Daher sieht es atomstopp_atomkraftfrei leben! als Chance und Verpflichtung, bei den Klimastreiks deutlich zu machen:

ATOMKRAFT? NUTZT DEM KLIMA NIX!

Mit großem Interesse und Begeisterung tragen junge Menschen diese Botschaft regelmäßig durch Linz und kommen so mit der Anti-Atom-Bewegung in Berührung.

atomstopp_Jugend-Klimapreis

2024 wieder - jetzt mitmachen!

Mit vielgestaltigen Projekten beteiligen sich Schülerinnen und Schüler aus ganz Oberösterreich am atomstopp_Jugend-Klimapreis, der jährlich im Herbst ausgeschrieben wird. Dabei vergegenwärtigen sich die jungen Menschen die Gefahren der Atomstromproduktion und beschäftigen sich mit Alternativen.

Herausragende Projekte werden prämiert und in die Medien gebracht. Exzellente Projekte ganzer Klassen werden z.B. mit einer Fahrt nach Zwentendorf honoriert, bei der die Schüler_innen durch das AKW geführt werden und sich mit den Gefahren der Atomenergie-Produktion auseinandersetzen.

Das Atomkraftwerk oje oje
Der Wald, ein vergiftetes Buffet
Die Tiere die davon essen
werden später nichts mehr fressen
und keine Tiere die ich seh.

[...]
Man tuts mit Kernkraft probieren
doch kann dabei immer was passieren
Brennstäbe schmelzen zu Klumpen zusammen
Schutzzäune muss man in Böden rammen
und es wäre gut wenn wir mal agieren

Gedicht von Bastian, NMS Schwanenstadt;
eingereicht atomstopp_Klimapreis 2023



Dem atomstopp_Jugend-Klimapreis widmen die Tips Urfahr-Umgebung im Juli 2023 ihre Titelstory, auch über alle anderen Preisträger_innen wird medial breit berichtet

- für alle jungen Menschen ab der 8. Schulstufe
- aktive, kritische und zeitgemäße Beschäftigung mit Atomkraft im Zeichen der Klimakrise
- in der Schule oder im außerschulischen Kontext
- tolle Preise zu gewinnen + Goodie-Bag für jede Einsendung
- Einreichschluss: Mai 2024
- Anmeldung und Fragen: post@atomstopp.at

Mehr Infos auf:

www.atomstopp.at/jugendklimapreis



Bild "Nein zu Atomkraft" von Ina-Anna, Aline, Hannah und Melissa, MS Gramastetten; 2023

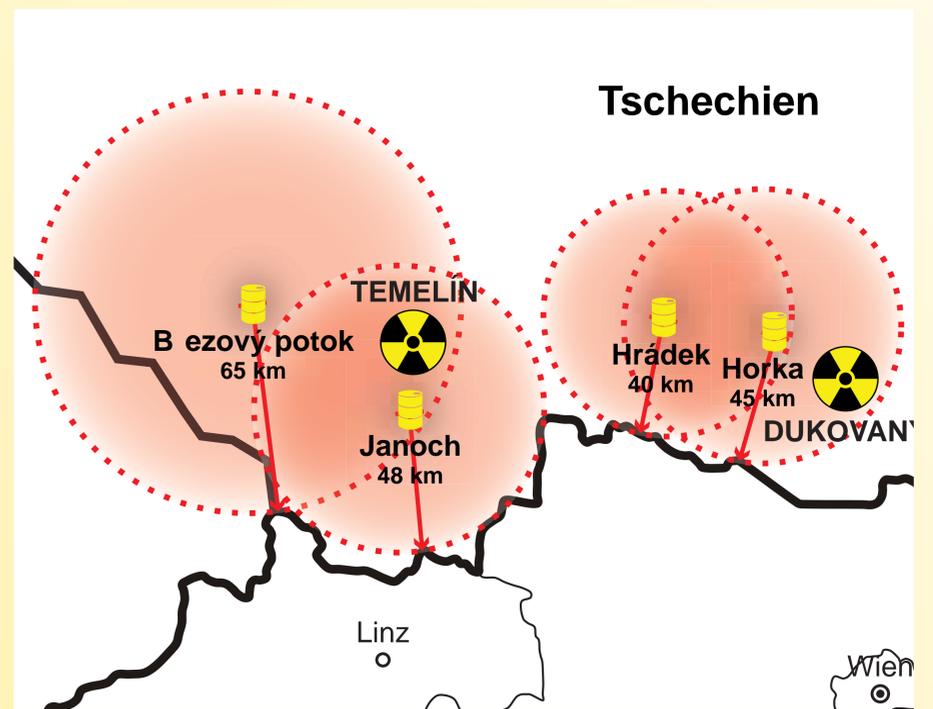


Atomstrom-Land Tschechien

Endlager in Grenznähe?

Da Tschechien weiterhin voll auf Atomstrom setzen will, muss es sich endlich mit der Frage beschäftigen: Wohin mit dem schon vorhandenen und künftig anfallenden Atommüll? – das schreibt die EU zum Glück vor. Daher hat die tschechische Regierung im Jahr 2020 vier Endlager-Standorte für den hunderttausende Jahre gefährlichen, hochradioaktiven Abfall in die engere Auswahl genommen – drei davon weniger als 50 Kilometer, der vierte weniger als 70 km von der österreichischen Grenze entfernt. An einem dieser Standorte soll letztlich ein geologisches Tiefenendlager errichtet werden, also der Atommüll einige hundert Meter unter die Erde gebracht werden. Die Bevölkerung dies- und jenseits der Grenze wurde in diese Entscheidungen nicht einbezogen.

Verständlich, dass niemand in seiner Nähe eine solche unkontrollierbare Zeitbombe haben will. Daher werden die Proteste in den betroffenen tschechischen Gemeinden immer stärker – obwohl die Gemeinden im Umfeld der möglichen Standorte schon jetzt große Geldsummen vom Staat erhalten. atomstopp unterstützt diese Proteste nach Kräften.



Kein Land der Welt hat ein genehmigtes Endlager für zivilen Atommüll. Das ist kein Zufall. Schließlich können wir Menschen vielleicht für einige Jahrzehnte planen, wobei sich auch das in vielen Fällen als unmöglich erweist. Aber jedenfalls völlig unmöglich ist es, für hunderttausende Jahre zu planen – für einen Zeitraum, der die gesamte bisherige Menschheitsgeschichte weit übersteigt. Genau das wäre aber nötig, um ein sicheres Endlager zu konstruieren. Schließlich bleibt hochradioaktiver Atommüll für mehrere 100.000 Jahre eine Gefahr für Mensch und Natur.

Trotzdem hat sich Tschechien derzeit festgelegt, ein sogenanntes geologisches Tiefenlager zu errichten, den Müll also einige hundert Meter unter der Erdoberfläche zu vergraben. Obwohl natürlich auch in Tschechien niemand sagen kann, was in 1.000, 10.000 oder Hunderttausend Jahren sein wird.

Kennzeichnung eines Endlagers

Ein weiteres unlösbares Problem der Atommülllagerung: Es kann keine Methode einer sicheren Kennzeichnung geben. Menschliche Sprache und Symbolik ändert sich viel zu schnell, als dass es möglich wäre, zukünftigen Generationen wirklich dauerhaft und sicher anzuzeigen, wo der Atommüll gelagert ist.

Es besteht nicht einmal Klarheit darüber, ob man ein Endlager überhaupt kennzeichnen oder doch eher verschleiern soll. Unterlässt man eine Kennzeichnung, besteht die Gefahr, dass zukünftige Bergbautätigkeiten den Atommüll freilegen – möglicherweise mit Leichtigkeit: Wer kann schon abschätzen, mit welchen Techniken die Menschen in einigen tausend Jahren womöglich in viel größere Tiefen vordringen, als für uns heute denkbar ist. Versucht man aber zu kennzeichnen, wo der strahlende Müll liegt, gibt man vielleicht in hundert oder tausend Jahren Terroristen eine Schatzkarte in die Hand.

Die bestehenden AKWs in Tschechien



Temelín

- Zwei Druckwasserreaktoren mit je etwa 1.100 MW Nettoleistung. In Betrieb seit 2000 und 2002.
- Seither rund 90 Störfälle, mehrere Notabschaltungen nötig, so 2012, 2014 und 2015
- Daneben sollen in Temelín zwei weitere Reaktoren errichtet werden und ist ein Experimentiergelände für Schrumpfmeiler (Small Modular Reactors) geplant.

Dukovany

- Vier Druckwasserreaktoren mit je etwa 470 MW Nettoleistung. In Betrieb genommen zwischen 1985 und 1987.
- Keiner der Blöcke hat ein Containment (= Schutzhülle). Zahlreiche Störfälle, auch (Not-)abschaltungen nötig, so 2014, 2015, 2017, 2018, 2021.
- Daneben sollen in Dukovany zwei weitere Reaktoren mit einer Leistung von je 1.200 MW bewilligt werden.



Mehr Infos auf: www.atomstopp.at



2023: Ein Sieg der Anti-Atom-Bewegung

Atomausstieg Deutschland

Ein Sieg der Anti-Atom-Bewegung – ein Gewinn für die Menschheit: Deutschland schaltet 2023 seine letzten AKWs ab

1961: erstes kommerzielles AKW. Es leistet 16 MW – so viel leisten große Offshore-Windräder.

1975: erste große Anti-AKW-Protteste, mit Erfolg: Bau eines Meilers wird 1977 eingestellt. Ab dann viele weitere Protteste der Anti-Atom-Bewegung. Höhepunkt wohl:

1989: Einstellung des Baues der Wiederaufarbeitungsanlage für Atom Müll in Wackersdorf. Nachdem von 1980 an der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß mit aller Gewalt und teilweise menschenrechtswidrigen Polizeieinsätzen den Bau durchsetzen wollte, wuchs die Protestbewegung bis zur Unüberwindlichkeit. 1989 war dieses teuerste Industrieprojekt in der deutschen Geschichte gescheitert.

Vor allem durch die Katastrophe in Tschernobyl wird weiten Teilen der Bevölkerung klar, dass AKWs keine Zukunft haben dürfen. So werden durch massive Protteste der Bevölkerung und die hohen Kosten für den Bau der Kraftwerke immer mehr AKWs abgeschaltet und nicht durch neue ersetzt.

2002: SPD/Grünen-Koalition beschließt Atomausstieg für 2022.

2009: CDU/FDP-Koalition verlängert Laufzeiten für die verbliebenen 17 AKW um acht bis 14 Jahre

2011: Dieselbe CDU/FDP-Koalition nimmt nach den Super-GAUs von Fukushima 8 ältere deutsche AKWs sofort vom Netz. Für die übrigen 9 Anlagen wird die schrittweise Abschaltung bis Ende 2022 beschlossen.

15. April 2023: Deutschland stieg – hoffentlich endgültig – aus der Atomstromproduktion aus.

Übrig bleiben 650.000 m³ radioaktiv verseuchter Müll, davon 27.000 m³ hoch radioaktiv. Für diese gewaltige Menge soll ein Endlager gefunden werden, welches den Müll eine Million Jahre sicher verwahrt. Nach jahrzehntelangem Scheitern verschiedener Projekte und Verseuchung von unterirdischen Lagerstätten gibt es keinen Fahrplan mehr, wie ein sicheres Endlager in Deutschland errichtet werden soll. Diese Aufgabe wird nicht nur in Deutschland unlösbar bleiben.

15.4.2023: Anti-Atom-Aktivist_innen in Deutschland feiern die Abschaltungen der letzten AKWs, Fotos: ausgestrahl.de



Deutschland ist ausgestiegen, Frankreich scheitert – steigt Italien ein?

Immer vehementer betreiben führende Politiker_innen der italienischen Rechtsregierung den Einstieg in die Atomstromproduktion – obwohl ihnen klar ist, dass damit in den nächsten Jahrzehnten keine relevante Menge Strom erzeugt wird. Ausgestiegen ist Italien 1987, nachdem das Volk mit mehr als 80 Prozent gegen Atomstrom gestimmt hatte und dieses Votum 2011 mit mehr als 94 Prozent bestätigte.

Auch italienische Politiker_innen wissen, dass ein Atomeinstieg sinnlos wäre. Selbst Frankreich, das seit Jahrzehnten AKWs betreibt, muss diese wegen gefährlicher Defekte immer wieder abschalten und scheitert an seinem einzigen Neubauprojekt gerade krachend: In Flamanville wurde 2007 mit dem Bau begonnen. Angeblich wollte man 2012 damit fertig

sein. Ob und wann es wirklich je fertig wird, steht aber in den Sternen. Die Baukosten haben sich bislang etwa verfünffacht.

All diese bekannten Fakten halten die italienische Rechtskoalition nicht von ihren Forderungen nach neuen AKWs ab. Denn bei Atomkraftprojekten werden auch dann gewaltige Summen bewegt, wenn nie eine Kilowattstunde Strom produziert wird.

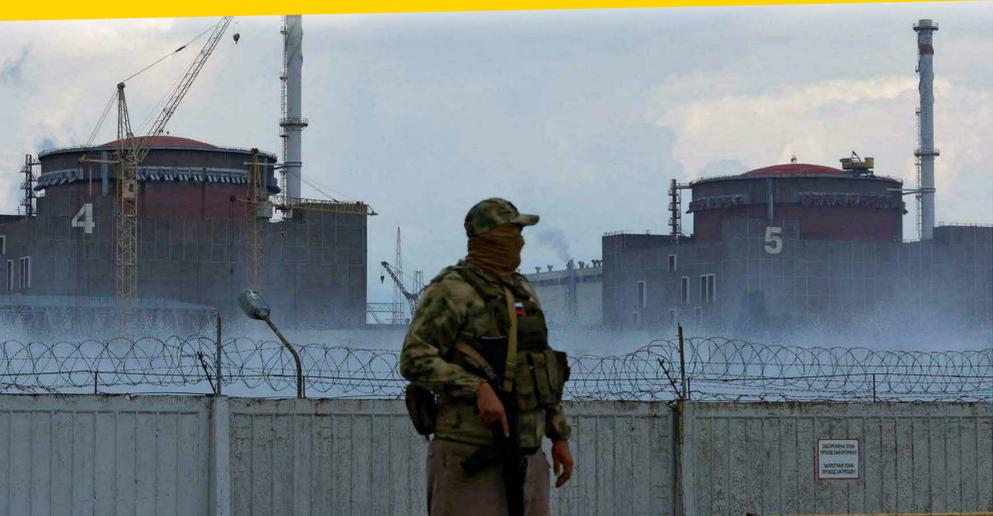
Daher wird die Anti-Atom-Bewegung alles Erdenkliche tun, damit diese Wahnsinnspläne nicht umgesetzt werden.



Mehr Infos auf: www.atomstopp.at



Horror-Premiere Saporischschja



Ein AKW im Krieg

Anfang März 2022 wurde das AKW im ukrainischen Saporischschja von den russischen Angreifern erobert. **Seither arbeiten die Arbeiter_innen quasi mit der russischen Pistole im Genick. Lagerte die russische Armee Waffen wie Raketenwerfer und Panzer im AKW ein. Wurde die externe Stromversorgung mehrmals schwer beschädigt – dabei ist die interne schon seit vielen Jahren in einem unsicheren Zustand. Wurde der Reaktor immer wieder auch mit schweren Waffen beschossen.**

Mehrere Notfall-Abschaltungen waren seitdem nötig – der Reaktor wurde trotzdem mehrmals wieder hochgefahren. Erst im September 2022 wurden endlich alle Reaktorblöcke endgültig vom Netz genommen.

Diese horrende Premiere eines kriegerischen Angriffs auf ein AKW fand ausgerechnet im größten Meiler Europas statt, 6 Reaktoren erzeugten in Saporischschja insgesamt 6000 MW Strom.

Wenn auch bislang mit viel Glück keine Nuklearkatastrophe eingetreten ist, bleibt die Lage äußerst gefährlich. Denn ein AKW bleibt trotz Abschaltung eine tickende Zeitbombe, müssen doch sowohl die Reaktoren als auch die abgebrannten Brennstäbe weiterhin gekühlt werden. Ein Ausfall der Kühlung kann also weiterhin zur gefürchteten Kernschmelze führen.

Klar war immer, dass irgendwann der Zeitpunkt kommen muss, an dem ein AKW in kriegerische Handlungen einbezogen wird. Die Frage war nur, wann es so weit sein wird.

Daher hätte die Menschheit diese Technologie niemals industriell anwenden dürfen und muss sie jetzt möglichst rasch einmotten. Denn solange irgendwo AKWs betrieben werden, gibt es neben dem Risiko menschlichen oder technischen Versagens immer die Gefahr, dass sie wegen ihrer Gefährlichkeit als Mittel der terroristischen, kriegerischen oder staatlichen Erpressung eingesetzt werden.



Das größte AKW Europas - Saporischschja in der Ukraine 2009: Blick von Westen auf das AKW mit den Blöcken 1 bis 6 (v.r.n.l.). Die beiden hohen Kamine gehören zum Wärmekraftwerk Saporischschja, die beiden weißen Gebäude links von ihnen sind dessen Kesselhäuser. Foto: Ralf1969 - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=7343361>



Sept. 2022: IAEA-Inspektion von Bombenschäden am Dach eines AKW-Gebäudes, in dem radioaktive Abfälle und frische Kernbrennstoffe gelagert sind; Foto: IAEA

Atomlobby trotzdem nicht zu halten: Schrumpfmeiler in der Ukraine?



Nov. 2022: John Kerry macht Werbung für Schrumpfmeiler in der Ukraine bei der COP27. (Foto: Ukrainische Botschaft USA)

Während Europas größtes AKW im ukrainischen Saporischschja unter Beschuss steht, lanciert die Atomlobby diesen Wahnsinn: In der Ukraine soll in einem Pilotprojekt Wasserstoff produziert werden. Der Strom dafür soll von SMRs (siehe das Plakat Schrumpfmeiler) erzeugt werden. So jedenfalls

die Vorstellung von John Kerry, dem früheren US-Außenminister. Er ist jetzt Sondergesandter des US-Präsidenten für das Klima und lobbyiert intensiv für diese unerprobte Schrumpfmeiler-Technologie.

Die Idee, Schrumpfmeiler in die Ukraine zu stellen, hat er erstmals auf der Klimakonferenz COP27 in Ägypten bekanntgegeben. Diese fand im November 2022 statt, also genau zu der Zeit, als der Krieg in der Ukraine besonders heftig war – mit dem AKW Saporischschja mittendrin. An Verantwortungslosigkeit und Zynismus ist die Atomlobby wahrlich nicht zu überbieten.

Erschwerend kommt hinzu, dass in den USA kein einziger dieser Schrumpfmeiler läuft und in diesem Jahrzehnt mit Sicherheit auch nicht laufen wird. Trotzdem verkündet Kerry lauthals, die US-Regierung werde Europa bei der Umstellung von Kohlekraftwerken auf SMRs unterstützen. Neben der Ukraine wird besonders heftig in Polen und in Tschechien für Schrumpfmeiler lobbyiert. Teilweise schon mit Erfolg, so ist in Temelín bereits ein Experimentiergelände für diese vorgestrigte Technologie beschlossen. atomstopp wird weiterhin alles tun, damit diese Wahnsinnspläne ausgebremst werden.



Mehr Infos auf: www.atomstopp.at



45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

Widerstand für die Zukunft

Liebe Ausstellungsbesucher_innen,

vor 45 Jahren entschied sich die österreichische Bevölkerung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf.

Was die Atom-Lobby derzeit treibt und wie atomstopp_atomkraftfrei leben! auf das Thema aufmerksam macht, ist hier im EG zu sehen.

Im 1. OG gibt es einen anschaulichen Rückblick auf den Kampf gegen Zwentendorf, die Gefahren von Atomkraft und Unfälle in AKWs.

www.atomstopp.at

atomstopp_atomkraftfrei leben! · post@atomstopp.at



45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

Widerstand für die Zukunft

Liebe Ausstellungsbesucher_innen,

vor 45 Jahren entschied sich die österreichische Bevölkerung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf.

Hier im 1. OG gibt es einen anschaulichen Rückblick auf den Kampf gegen Zwentendorf, die Gefahren von Atomkraft und Unfälle in AKWs.

Was die Atom-Lobby derzeit treibt und wie atomstopp_atomkraftfrei leben! auf das Thema aufmerksam macht, ist im EG zu sehen.

www.atomstopp.at

atomstopp_atomkraftfrei leben! · post@atomstopp.at



45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

Widerstand für die Zukunft

Liebe Ausstellungsbesucher_innen,

vor 45 Jahren entschied sich die österreichische Bevölkerung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf.

Diese Ausstellung gibt einen anschaulichen Rückblick auf den Kampf gegen Zwentendorf, die Gefahren von Atomkraft und Unfälle in AKWs.

Außerdem zu sehen: Was die Atom-Lobby derzeit treibt und wie atomstopp_atomkraftfrei leben! auf das Thema aufmerksam macht.

www.atomstopp.at

atomstopp_atomkraftfrei leben! · post@atomstopp.at



45 Jahre NEIN zu Zwentendorf

Widerstand für die Zukunft

Liebe Ausstellungsbesucher_innen,

vor 45 Jahren entschied sich die österreichische Bevölkerung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf.

Diese Ausstellung gibt einen anschaulichen Rückblick auf den Kampf gegen Zwentendorf, die Gefahren von Atomkraft und Unfälle in AKWs.

Außerdem zu sehen: Was die Atom-Lobby derzeit treibt und wie atomstopp_atomkraftfrei leben! auf das Thema aufmerksam macht.

www.atomstopp.at

atomstopp_atomkraftfrei leben! · post@atomstopp.at

